

Der Deutsche
Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 39

Duisburg, den 29 September 1928

29. Jahrgang



Und nun, Kollegen: Auf zur Tat!

Unsere Generalversammlung als Auftakt zur Werbearbeit

Die 12. Generalversammlung unseres Verbandes ist vorbei. Sie gab erneut jenen klaren Blick für die Notwendigkeiten, die wir als christlich organisierte Metallarbeiter zu erfüllen haben, ja sie zeigte Gebiete auf, wie in dem Referat von Professor Koelsch über „Gesundheitsgefahren und Gesundheitsschutz der Metallarbeiter“, die neu beschritten werden können und müssen. Vor allem gab unsere Generalversammlung erneute agitatorische Schwungkraft und starkes Hindrängen auf die Forderungen der Metallarbeiterschaft.

Die Altersinvalidenunterstützung, worauf Sinn und Herz der Mitgliedschaft sich in hervorragendem Maße wandte, ist in einer Art Wirklichkeit geworden, an die auch im besten Falle unsere Kollegen nicht gedacht hatten. Die Generalversammlung ging im Vertrauen auf die verstärkte Werbekraft über den weitgehenden Vorschlag des Vorstandes und Ausschusses hinaus und schuf ein Werk, das sehr bedeutsam und für die christlich organisierte Metallarbeiterschaft hoffentlich von großem Segen ist.

Mit dem Rüstzeug unserer Generalversammlung wollen wir in die Agitation eintreten.

Werbearbeit heißt nun aber mehr als nur eine Aktion zur Gewinnung neuer Mitglieder. Das ist Grundlage und Vorbedingung. Der wackere Vertrauensmann wird seine ganze Kraft einsetzen, um die unorganisierte oder falschorganisierte Kollegenschaft anzurütteln, sie mit dem Geiste christlicher Metallarbeiter-solidarität zu erfüllen versuchen und sie fähig machen wollen, am wirklichen Aufbau unseres Standes mitzuarbeiten. Wie prächtig, einheitlich und zielbewußt haben unsere Vertrauensleute in den verfloßenen Jahren gestanden. Daß eine echte Werbearbeit nicht an Jahreszeiten gebunden ist, dafür ist die Jugendwerbeaktion, die im Sommer veranstaltet wurde und 3200 jugendliche Kollegen dem Verbandsführer, ein glänzender Beweis.

Aber diese Zahlen sprechen auch von der Arbeit, von der Mühe, von der Energie, von der Konsequenz, die aufgewandt werden mußte, um zu solchen Erfolgen zu kommen. Ist es nicht bei jeder Agitation so? Wie oft mag der Vertrauensmann vergebens treppauf treppab gelaufen sein, bis er den oder jenen überzeugt hatte. Wieviel stille Missionsarbeit für die christliche Idee liegt in der Arbeit unserer Vertrauensleute, was auch von anderer Seite vielfach anerkannt worden ist. Wieviel innere Stärke und Zähigkeit muß die Seele eines Vertrauensmannes einschließen.

Wir als Christlicher Metallarbeiterverband sind mit Recht stolz auf unsere Schar bewährter Vertrauensleute. Aber diese Schar, selbst wenn sie in die Tausende geht, ist noch zu klein. Oft ist die Last, die einem oder zwei Kollegen allein in den Ortsgruppen und Sektionen aufgebürdet ist, zu groß. Viele überlassen die gesamte Verbandsarbeit dem Vorsitzenden und Kassierer, die allein, selbst beim besten Willen nicht in der Lage sind, allen Anforderungen nachzukommen. Da muß die Verbandsarbeit auf mehr Schultern verteilt werden. Jede Ortsgruppe muß aus sich heraus eine größere Zahl lebendiger aktiver Vertrauensleute stellen können. Es gilt dabei stets zu bedenken, daß, je stärker das Fundament ist, um so fester und stolzer der Bau sein kann, den man darauf errichtet.

Das erste also ist die Werbearbeit an sich.

Genau so wichtig aber ist das zweite, die Einstufung des neuen Mitgliedes, aber vor allem auch mancher älteren Kollegen, in die richtige Beitragsklasse. Das ist eins der notwendigsten und wichtigsten Kapitel in der Werbearbeit überhaupt. Eine gesunde Finanzierung und Finanzpolitik des Verbandes ist das Rückgrat unserer Arbeit. Diese aber ist bedingt durch die richtige Beitragseingruppierung. Man kommt dem Kapitalismus nicht bei mit Schlagworten und heftigen Reden, sondern durch ein Arbeitkapital, das stark genug ist, die berechtigten Forderungen der Metallarbeiterschaft gegenüber dem privaten Großkapital zu vertreten. Da gilt es, den Kollegen zu stützen bei Streik, Maßregelung, Krankheit, bei Invalidität

und Alter, da gilt es, seine wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Dazu ist eine starke Beitragspolitik die Voraussetzung. Die Frage der Beitragshöhe ist viel weniger begründet auf dem Vorhandensein guter Löhne, als vielmehr auf dem Durchdringen der Mitgliedschaft mit gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Geist. Und weiter gilt es doch für jeden Kollegen zu bedenken, daß auch seine materielle Anteilnahme am Verband sich richtet nach seinen Leistungen. Es darf offen herausgesagt werden, daß die Lohnfrage in den letzten Jahren, selbst wenn sie noch nicht ganz befriedigt, dennoch eine solche Entwicklung genommen hat, daß die großen Unterschiede bei der Beitragseinklassierung nicht gerechtfertigt sind. Vielfach erinnert das an Beitragsdrückerei. Unser Hauptkassierer Hegemann rechnete der Generalversammlung vor, daß wir allein bei einer besseren Beitragseingruppierung im Jahr um eine Million reichere und schlagkräftiger sein könnten. Die Frage der Einstufung der Mitgliedschaft in die richtige Beitragsklasse hat auch unsere Saarbrücker Generalversammlung stark beschäftigt und ihren Niederschlag in folgender Entschlußung gefunden, die einstimmig angenommen wurde:

Die Verbandsgeneralversammlung fordert von allen Verbandsmitgliedern nachdrücklich strikte Anerkennung und Beachtung der Generalversammlungsbeschlüsse, besonders hinsichtlich der Beitragseinklassierung in den zuständigen Beitragsklassen.

Jede Beitragzahlung in einer niederen als im Statut vorgesehenen Beitragshöhe ist Beitragsdrückerei, die mit Entziehung von Unterstützung geahndet werden kann.

Die Generalversammlung erteilt hierzu dem Vorstand jede Vollmacht. Nächster Termin für die ordnungsgemäße Eingruppierung der Mitglieder ist der 1. April 1929.

Die Vorstände der Verwaltungsstellen und Ortsgruppen, besonders aber die mit der Einklassierung der Beiträge beauftragten Kollegen, werden eindringlich aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß dieser Beschluß durchgeführt wird.

Das dritte Mittel zur Unterstützung der Werbearbeit ist die Eindämmung der Fluktuation. Fluktuation bedeutet Hin- und Herströmen; im plastischen Arbeiterausdruck heißt es: aus dem Verband einen Taubenschlag machen. Die Fluktuation ist der Krebschaden der Arbeiterbewegung und leider ein Zeichen dafür, daß viele Arbeiter den Sinn eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses noch nicht erfaßt haben. Es gibt heute wohl kaum noch einen Arbeiter, der nicht schon einmal in der Organisation gestanden hätte. Millionen blieben treu, aber Millionen wechselten auch. Sie wurden Flugsand und ein Posten in der Bilanz des Kapitalismus, mit der dieser rechnet und leider rechnen kann.

Die unmöglichsten Gründe tauchen auf, die den oder jenen bewegen, schnell der Organisation wieder Walet zu geben. Es werden zwar immer sehr viele Aufnahmen gemacht, aber diese Aufnahmen werden zum Teil wieder aufgehoben durch das fluktuierende Element.

Gerade diese Generalversammlung hat sich in vielen Diskussionsreden eingehend mit der Eindämmung dieses Übels befaßt. Es gilt aber jetzt, diese Worte und Anregungen in den Ortsverwaltungen zur Tat werden zu lassen. Da gilt es zu überlegen, welche Hilfsmittel ergriffen werden müssen und wie den Launen oder Abgesprungenen schleunigst nachgegangen werden muß.

Es ist in allem ein Ringen um die Seele des Arbeiters, um das Formen seines Solidaritätsgedankens, um die Festigung des Verbandes.

So mag denn in diesen drei Merkmalen vereint sich die künftige Werbearbeit noch stärker ausprägen. Jedes einzelne ist ein wichtiger Faktor, aber geeint ergeben sie ein unwiderstehliches Ganzes. Jetzt gilt es, die Tat für unsern Verband reden zu lassen.

G. W.

Achtung!

Achtung!

Bestimmungen der Altersinvalidenunterstützung, einstimmig von der Generalversammlung angenommen, befinden sich auf der letzten Seite. Wir machen besonders aufmerksam auf die Neuregelung der Ziffern 5, 9, 10.

Unsere 12. Generalversammlung zu Saarbrücken

Die Generalversammlungen unseres Verbandes haben alle jenen bedeutsamen Zug, der auch im geistigen Gesicht unserer Organisation ausgeprägt ist. Es ist nicht nur die Linie des Umfassenden, Großgesehenen, des bewußten Einstellens auf wirtschaftliche und volkliche Notwendigkeiten, es ist in vielleicht noch hervorragenderem Maße jener bekannte Metallarbeiter-Korpsgeist und jene prächtige Einordnung in das Ganze. Das bedeutet keine Nivellierung, keine Verkümmern des Kampfgeistes. Hier wächst und strebt alles, selbst wenn verschiedene Ansichten und Meinungen miteinanderringen, wie eine Flamme in ein Legetes hinein. Hebung der Metallarbeiterschaft, gleichberechtigte Einfügung in das Gesellschaftsganze, Persönlichkeitsbildung.

Das ist es auch, weshalb wir als christliche Metallarbeiter auf den von uns geschaffenen und getragenen Verband so stolz sind. Die Metallarbeiter besitzen vielleicht mehr als andere Schichten den Blick für volkliche Verbundenheit, weil sie um den Kampf wissen, der um ihre Produktion auf dem Weltmarkt sich abspielt. Ihre Industrie reagiert sehr fein und genau auf die Schwankungen des Weltmarktes oder auf das Erstehen einer neuen Industriemacht auf dem Weltmarkt. Daher ist ohne Zweifel ihre Lage in Betrieb und Wirtschaft an sich schon komplizierter und schwieriger als es bei denjenigen der Fall ist, die fast nur für den Inlandsmarkt schaffen, und dann ferner, weil nirgendwo den Arbeiterforderungen solche kapitalstarrere Mauern entgegenstehen als in der Grobbleis- und Metallindustrie mit ihren gewaltigen Trüsten und Konzernen.

Wir tagten diesmal in einer Stadt der Kohle und des Eisens, im Saarbrücken. Saargebiet! Das heißt: Internationale Kräfte, internationales Kapital, internationale Kolonie. Das zieht sich wie ein graues Spinnwebgewebe über das Saargebiet. Aber drinnen, im Herzen, da ist es deutsch, es fühlt deutsch, redet deutsch.

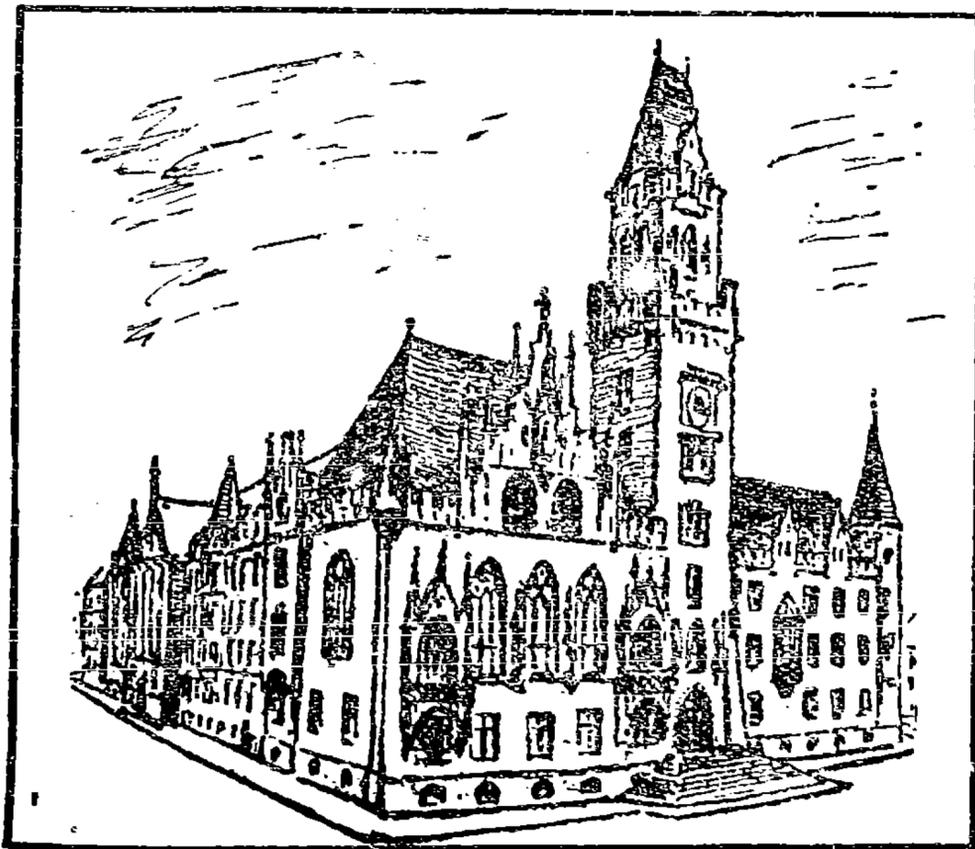
Die deutsche Stadt begrüßte die deutschen Delegierten unseres Verbandes. Um Bahnhof ein großer Triumphbogen von Sonnengrün, die ganze Bahnhofstraße herunter im Spalier Fahnenmasten, an deren Spitze die Fahnen des Reiches, Preußens und des Saargebietes flatterten. Und dann die Hauptstraßen. Eine Fahne neben der anderen. Von den großen Geschäftshäusern bis zum kleinen Arbeiterhaus. Ein farbenbuntes, frohes Bild. Die große Freitreppe des Rathauses am Markt im dunklen Schmuck der Lorbeerhölzer und des Sonnengrüns und darüber in großen Lettern: Willkommen zur 12. Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands. In vielen Städten des deutschen Reiches haben wir schon unsere Generalversammlungen abgehalten. Herzlich war überall die Aufnahme, stark die Anteilnahme der Bevölkerung. Aber Saarbrücken hat bis jetzt den Vogel abgeschossen. Der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands und die 12. Generalversammlung danken auch an dieser Stelle der Bevölkerung von Saarbrücken für ihre große Aufmerksamkeit, besonders aber der Stadtverwaltung, an der Spitze dem Oberbürgermeister Dr. Neikes, für ihr Entgegenkommen und ihre bemerkenswerten Liebenswürdigkeit. Aber wir wollen auch an dieser Stelle gedenken der vielseitigen und aufopfernden Arbeit und Leistung des Lokalkomitees, das unter der umsichtigen Führung unseres Kollegen Otto Pück-Saarbrücken den Delegierten den Aufenthalt in Saarbrücken unvergesslich gemacht hat. Gedacht sei der bedeutsamen und großzügigen

gen Berichterstattung durch die Presse des Saargebietes, wofür wir ebenfalls nochmals danken.

Im wichtigen Sitzungssaal des Rathauses tagten wir. Es war, als ob das geheime Schwingen all der Nöte und Sorgen dieses Grenzlandes, das ja ein Teilausschnitt aus den Nöten unseres deutschen Vaterlandes ist, sich allen mitteilte. So hatte denn unsere Generalversammlung neben der Betonung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen einen lebendigen nationalen Unterton. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die „Sorge um den schaffenden Menschen“. Fundamente dazu gaben der in alter Frische und Lebendigkeit dargebotene Geschäftsbericht unseres ersten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Franz Wieber, der Vortrag des Landesgewerbemedizinalrates Prof. Koelsch über „Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz der Metallarbeiter“ und des Mitgliedes des Reichswirtschaftsrates Kollegen Kreil über das Arbeitsschutzgesetz und unsere Forderungen“. Aber daneben stand besonders die Sorge um den wirtschaftenden Menschen in den Grenzgebieten und im Saargebiet. Ergreifend waren die Darlegungen über das langsame Sterben der Wirtschaft in den bezeichneten Distrikten und die damit immer größer werdende Not der Arbeiterschaft. Was Kollege Pück-Saarbrücken, Schümmer-Köln, Ciara-Hindenburg, Gajkowski-Danzig an durchschlagendem Material über die wirtschaftliche und soziale Lage in den Grenzgebieten vorbrachten, wird hoffentlich mit dazu beitragen, daß die verantwortlichen Stellen sich energischer dieser Gebiete annehmen.

Einen neuen Weg, um dem schaffenden Menschen zu helfen, zeigte der Christliche Metallarbeiterverband in der Einführung der Altersinvalidenunterstützung. 2. Verbandsvorsitzender Kollege Schmitz gab eine feinsinnige grundsätzliche Fundamentierung dazu. Zum erstenmal betritt ein Verband den Weg, nicht nur für die invaliden Kollegen mitzuforsorgen, sondern darüber hinaus sich auch jener Arbeiter anzunehmen, welche Opfer des Nationalisierungsprozesses geworden sind. Jenen Alten, Treuen, die jahrzehntelang ihre Arbeitskraft dem Betriebe opfer-ten um dann als Dank den Entlassungsschein zugestellt zu erhalten, wer sorgt für sie? Der Staat hat sich noch nicht dazu aufgeschwungen. Die Bürokratie mahlt zu langsam das „Korn ihrer Segnungen“, um in jenem unerhörten Vorwärtsdrängen der Nationalisierung mitzukommen. Sollen die Arbeiter schutzlos dastehen und mit Grauen den Tagen des Alters entgegensehen? Da greift der Christliche Metallarbeiterverband ein und will durch die Einführung der Altersinvalidenunterstützung eben diesen Alten den Lebensabend erleichtern. Mit Einstimmigkeit und dem

Gefühl der Verantwortlichkeit ging die Generalversammlung hier ans Werk. Sie war sich dabei bewußt, daß der Weg noch dunkel ist, aber sie versprach, alle Kräfte mobil zu machen, um diese Unterstützungsart als neue Triebkraft zur agitatorischen Auswirkung sowie auch zur besseren Durchführung der Beitragseinklassierung zu gestalten. Unsere Saarbrücker Generalversammlung war ein Sammelpunkt der Vertiefung unserer Verbandsaufgaben, eine klare Sichtschaffung für die Zukunft und eine prächtige Konzentration aller im Christlichen Metallarbeiterverband wirkenden Kräfte. Möge reicher Segen von ihr ausströmend unsere weitere Arbeit befruchten.



Unsere Tagungsstätte — Das Rathaus

Der Verlauf unserer Generalversammlung

Die Begrüßungsfeier am Sonntag, 16. September

Da kamen sie in langen Zügen anmarschiert, Musik an der Spitze, Wimpel wehten, tausende Metallarbeiter rückten an, um im Städtischen Saalbau an der Begrüßungsfeier teilzunehmen. Der an 3000 Plätze fassende Saal war dicht gefüllt. Saarbrücken fühlte es, hier taat ein Verband, der gespannt ist von Wollen zur Hebung der Metallarbeiterschaft. Um fünf Uhr brauseten die Klänge des „Gloria in excelsis“ auf der großen Orgel gespielt vom Herrn Organist Rohner als Auftakt durch den Saal. Die prächtigen Lieder, vorgetragen von den vereinigten Chören des Männerchors Saarbrücken und des Katholischen Männergesangsvereins Saarbrücken unter der Stabführung des Herrn Schrimpf bildeten eine wohlgelungene Umrahmung des Ganzen.

Als Gäste waren erschienen: Oberbürgermeister Dr. Neifes, Domkapitular Dr. Fuchs als Vertreter des hochwürdigsten Bischofs von Trier, Pfarrer Bleef als Vertreter der evangelischen Kirche, Henseler vom Internationalen Arbeitsamt Genf, Oberlandesgerichtsrat Joetten, der staatliche Schlichter für das Rheinland, befreundete Parlamentarier, die Vertreter unserer Metallarbeiterinternationale aus Holland, Belgien, Frankreich, Polen und der befreundeten Organisationen des Saargebiets.

Bezirksleiter Kollege Otto Vid

begrüßte die Erschienenen. Er gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß die Tagung in Saarbrücken stattfindet. Nach einem Ueberblick über die wirtschaftliche und soziale Lage im Saargebiet führte er aus:

Mit dieser Feier aber streckt der Christliche Metallarbeiterverband auch seine Hand aus nach all den anderen Ständen des deutschen Volkes, denen die geladenen verehrten und so zahlreich erschienenen Gäste angehören. Gäste, von denen auch einige hervorgegangen aus der Christlichen Gewerkschaftsbewegung und wohl noch fest in ihr verankert sind. Es ist dies keine aus Opportunität geborene leere Geste, sondern das äußere Zeichen eines aus den tiefen sittlichen Ideen des Christentums entsprossenen Gefühls echter christlicher und deutlicher Volksgemeinschaft. Die Einladung aber unserer ausländischen Gäste zeigt, daß der Christliche Metallarbeiterverband als stärkste christlich-nationale Arbeiterorganisation seine Hand ausstreckt über die Grenzen des geliebten deutschen Vaterlandes, die nicht bei Mettlach oder Homburg oder Zweibrücken liegen, sondern weiter westlich. Ueber die Grenzen des Vaterlandes, von dem uns leider eine den wahren Völkerfrieden hemmende Politik losgelöst, um den Willen des deutschen Arbeiters zur ehrlichen, auf voller Gleichberechtigung beruhenden Zusammenarbeit der Völker zu dokumentieren.

Oberbürgermeister Dr. Neifes

betont, es sei ihm eine angenehme Aufgabe, die Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands zur 12. Generalversammlung in der Stadt Saarbrücken willkommen zu heißen. Diese Tagung werde den Delegierten, die aus allen Teilen unteres Vaterlandes hergekommen seien, Gelegenheit geben, die Zustände im Saargebiet, insbesondere die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, eingehender kennenzulernen. Die Gewerkschaftsbewegung sei nirgends auf Rollen gebettet gewesen, aber nirgends sei sie solchen Schwierigkeiten begegnet wie im Saargebiet. Hier habe man in früheren Zeiten mit kleinen und kleinkindlichen Mitteln versucht, die Arbeiterbewegung niederzuhalten. Seit der Revolution sei vor allem drüben im Reich ein großer Umschwung in der Arbeiterbewegung eingetreten. Sie sei auf eine viel festere Grundlage gestellt worden, den Arbeitern sei die politische Gleichberechtigung zuerkannt worden, das Betriebsrätegesetz zur Einführung gekommen und auch sonst soziale Fortschritte erzielt worden. Verschiedene dieser sozialen Gesetze seien der Arbeiterschaft des Saargebietes nicht zugute gekommen, weder das Gesetz über die Schlichtungsausschüsse, noch das Betriebsrätegesetz, noch die Arbeitslosenversicherung usw. Hier behelfe man sich mit einigen Ergänzungen von Schiedsinstanzen.

Das Dasein der Gewerkschaften sei von Anfang an auf den Kampf eingestellt gewesen. Zunächst habe man gekämpft um eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung, dann um politische Gleichberechtigung in Staat und Gemeinden und um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Aber der Kampf sei von den christlichen Gewerkschaften nicht um seiner selbst willen geführt worden, sondern als ein Mittel das nur Anwendung finde als ultima ratio, wenn alle Wege zur Verständigung und zum Ziel nicht mehr gangbar seien. Das sei die gesunde Grundlage der christlichen Gewerkschaften. Sie wollen den Arbeitern nicht nur die wirtschaftliche Lage verbessern, sondern sie auch zu einer festen positiven Stellung zum heutigen Staat bringen. Man könne annehmen, daß diese Methoden uns vorwärts bringen, das sei aber nur möglich, wenn auch von Unternehmerseite die gleiche Tendenz hervortrete, wenn man dort den Arbeiter als freiwilligen Mitarbeiter betrachte. Ansätze zu einer solchen Entwicklung seien heute festzustellen, und man möge wünschen, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrem Bestreben, einen friedlichen Ausgleich zu erzielen, immer stärkeren Erfolg haben. Zum Schluß der beifällig aufgenommenen Ausführungen wünscht der Oberbürgermeister der Veranstaltung einen vollen Erfolg.

Domkapitular Dr. Fuchs

sprach sodann als Vertreter des hochw. Herrn Bischof Bornwasser von Trier.

Bischof Dr. Bornwasser bedauere, nicht persönlich nach Saarbrücken kommen zu können, er sei infolge einer Amtsreise verhindert. Der Bischof sende zu Tagung seine Grüße und Wünsche zu weiterem Wachsen des Verbands; ebenso der Diözesanpräses des Verbandes der katholischen Arbeitervereine. Der Bischof von Trier, dessen Diözese unter den Auswirkungen des Friedensvertrages am meisten zu leiden gehabt, begrüße die 12. Generalversammlung im Saargebiet, die ja die Verbindung zwischen Saargebiet und Reich befestige. Der sehnlichste Wunsch aller sei die Rückkehr normaler Verhältnisse zum Reich. Mit hervorragender Liebe nehme sich der Bischof des Saargebiets an, er habe sich wiederholt kräftig dafür eingesetzt. Der Redner verbreitet sich weiter über die soziale Arbeit der katholischen Kirche und sagt zum Schluß, es sei der dringende Wunsch des Bischofs, daß sich alle christlich gesinnten katholischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Synodalassessor Pfarrer Bleef

übermittelte im Auftrage des verhinderten Superintendenten Dr. Noll die Wünsche der evangelischen Kirche. Redner führt u. a. aus, man könne die Frage aufwerfen: Was hat der Pfarrer in einer Gewerkschaftsversammlung zu tun? und gibt verschiedene Beispiele, die es erklärlich machen, daß gerade hier im Saargebiet die evangelische Kirche sich so stark für die Arbeiterschaft einsetzt. Pfarrer Bleef bezeichnet es als großes Erlebnis, wenn er zurückdenke an die ersten Anfänge der Gewerkschaftsarbeit im Saargebiet, wie sie sich nach und nach durchgesetzt und heute zu der gewaltigen Versammlung im Saalbau emporgewachsen sei. Er freue sich dieses großen Vormarschreitens, er freue sich, daß es gelungen, ein gut Stück Männerfreiheit zu erringen, und zwar durch die Gewerkschaftsarbeit. Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Tagung die Arbeiterschaft weiterführen möge im Kampf um die äußere und innere Freiheit und daß sich Arbeiterschaft und Kirche immer zusammenfinden mögen.

Henseler-Genf

vom Internationalen Arbeitsamt in Genf überbrachte die Grüße und Wünsche dieses Amtes und seines Direktors Thomas, sowie des Prälaten Dr. Raas, M. d. R., Mitglied der deutschen Völkerbundsdelegation.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Joetten-Köln,

der staatliche Schlichter für das Rheinland, betonte, er müsse bekennen, daß er sich beim Betreten des Saales und nach dem bis jetzt Vorgetragenen gesagt habe: Auch hier im Saargebiet weht ein großer Geist; alle Hochachtung vor der christlichen Metallarbeiterbewegung. Er vermittelte seine Glückwünsche zu dem Gedanken des Verbandes, im Saargebiet zu tagen, um dem Arbeiter eine Rückenstärkung zu geben. Als Schlichter beschäftigte sich der Redner näher mit der Frage des Schlichtungswesens und seiner Neuregelung.

Es ist der dringende Wunsch Sr. Bischöflichen Gnaden, daß alle Arbeiter, die sich des christlichen Namens rühmen, insbesondere alle katholischen Arbeiter seiner Diözese, sich auch den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Domkapitular Dr. Fuchs

auf unserer Saarbrücker Generalversammlung
im Auftrage des hochw. Herrn Bischofs von Trier.

Die Freiheit ist der Seele Stahl und ritterliche Wehr der Braven, die Freien grüßt der Himmelsaal, der Teufel herrscht nur über Sklaven.

Darum muß nicht nur um äußere, sondern auch um innere Freiheit gekämpft werden und darum ist es sehr zu wünschen, daß die evangelischen Arbeiter sich immer mehr in den christlichen Gewerkschaften zusammenfinden.

Synodalassessor Pfarrer Bleef
auf unserer Generalversammlung.

Revierleiter Kuhnen

vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. sprach im Auftrage der im Gesamtverband zusammengeschlossenen Verbände des Saargebiets. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß der Verband hier tage. Im Saargebiet, dessen Name in den letzten Jahren einen so eigenen Klang gewonnen, trete die Idee der christlichen Gewerkschaften stärker hervor, als in anderen Gebieten. Die christlichen Gewerkschaften zählten hier 67 000 Mitglieder, darunter 54 200 Arbeiter. Nach den Bergarbeitern nehme der Metallarbeiterverband eine achtunggebietende Stellung ein.

Ministerpräsident a. D. Stegerwald

der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hielt die Festrede, von großen Gesichtspunkten ausgehend.

Die Metallarbeiter, sowohl in Deutschland wie im Saargebiet, haben schwere Tage überstanden. Solche schwierigen Tage sind zu überwinden, wenn man in Treue zusammensteht. Wir wünschen, daß das immer so bleiben möge. Das Saargebiet ist politisch vom Reich abgetrennt, aber niemals geistig. Möge bald die Stunde wiederkommen, wo die Einheit wieder völlig hergestellt ist. Der Redner sprach sodann über die wirtschaftlichen Belastungen. Deutschland kann die ihm aufgebürdete Last nicht dauernd tragen. Es hat in den letzten Jahren mehr Auslandsdarlehen aufgenommen, als es Reparationszahlungen leistete. Auslandschulden aber können nur mit Ausfuhrüberschuß bezahlt werden. Das zu erreichen, müßte Deutschland seine gegenwärtige Ausfuhr von 15 Milliarden Mark nahezu verdoppeln wenn es 2,5 Milliarden Ausfuhrüberschuß herauswirtschaften will. Diese politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge stehen in engster Wechselwirkung mit den Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft. Ich rede nur von deutscher Arbeiterschaft, weil ich eine Trennung von Saarvölk und Deutschland nicht kenne.

Was Deutschland vor allem zu fordern hat, ist ausreichender Lebensraum in der Welt. Und dann muß eine von Grund aus geänderte Volksordnung im Innern kommen. Heute stehen wir politisch und wirtschaftlich außerordentlich geschwächt da.

In den letzten zehn Jahren ist in Deutschland vieles geschehen: Inflation, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. Wir haben heute zu allen öffentlichen Körperschaften das gleiche Wahlrecht, das freie Koalitionsrecht, Vereinsrecht, Arbeitsgericht. Einrichtungen, wie sie kein anderes Land der Welt hat. Heute haben wir ein durchgearbeitetes Schlichtungsweisen, die Betriebsräte sind eingeführt worden. Aber von einem großen Teil wird heute alles das nicht gesehen, was in den letzten Jahrzehnten erreicht worden ist. Die Neuordnung in Deutschland müsse die Entproletarisierung der Arbeiterschaft mit sich bringen. Dazu sei notwendig die Steigerung des Reallohnes, die politische und wirtschaftliche Demokratie, sozialere Gestaltung des Bildungswesens und die Durchführung einer anderen Geisteshaltung des deutschen Volkes. Unsere Volkswirtschaft sei allerdings zwangsläufig großen Hemmungen ausgesetzt. Sie leide unter Kapitalmangel, sei schwer belastet mit dem Dawesplan. Außerdem gebe es noch viele Hemmungen, die nicht zwangsläufig sind, und zwar die überorganisierte Privat- und Staatswirtschaft. Eine Ueberorganisation sei auch in der Staatswirtschaft festzustellen, den Anfang mit einer Vereinfachung des Behördenapparats müßten die Länder machen. Durch die Ueberorganisationen in Privat- und Staatswirtschaft würden heute den Arbeitern mindestens 4 bis 5 Milliarden an Reallohn vorenthalten.

Auf kulturellem Gebiet müssen wir fordern, daß die unteren Schichten mehr als bisher die Möglichkeit haben, die Studienanstalten zu besuchen. Nach Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun zahle der preussische Staat heute an jeden Hochschulstudierenden 1645 Mark, so daß also die Hälfte der Studienkosten von der Allgemeinheit getragen würden. Um den unteren Schichten in all diesen Dingen zu helfen, müsse der Reallohn erhöht werden. Nach einem Ausblick auf die Auswirkungen der französischen Revolution und die Licht- und Schattenseiten der bürgerlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert, erklärt Stegerwald zum Schluß, daß ein Volk eine Nation, ein Staat keine Aktiengesellschaft sei, sondern müsse eine Lebensgemeinschaft sein, bei der alle auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden seien. Der alte deutsche Genossenschaftsgeist müsse im 20. Jahrhundert den Ausgangspunkt abgeben für das Gemeinschaftsleben. Das sei aber nicht möglich, wenn eine Gruppe immer auf Kosten

der andern sich Sondervorteile verschaffe. Den Staat dürfe man nicht überschätzen, man dürfe von ihm nicht verlangen daß er uns alles auf dem Präsentierteller bringe. Die Gewerkschaften und die Genossenschaften müßten die Kräfte schaffen die für den Aufstieg der Arbeiterschaft erforderlich seien. Erfolge und Rückschläge seien notwendig, um immer das nötige Augenmaß zu haben. Wir müssen den Berufserhos, den Berufsstolz die Kollegialität, die Kameradschaft, geistige Regsamkeit und Aktivität neu entfalten. Bei den Bestrebungen der christlichen Arbeiterschaft geht es um mehr als um kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn. Es geht um eine bessere Grundlage zu schaffen für das Zusammenleben der Gesamtmenschheit für das Volksleben, für das Gesellschaftsleben, für das Wirtschaftsleben und für das Kulturleben in christlichem Sinne. Arbeiten wir alle in diesem Sinne im Interesse der Arbeiterschaft für Volk und Vaterland.

Lebhaftester Beifall lohnte diese Darlegungen.

Anschließend betrat

Verbandsvorsitzender Kollege Wieber,

stürmisch begrüßt, das Rednerpult und sprach allen Anwesenden den Dank der Verbandsleitung für ihr Erscheinen aus. Besonders freue es ihn, daß der diesjährige Verbandstag gerade in dem heißumstrittenen Saargebiet abgehalten werde, in dem er vor 11 Jahren das letzte Mal geweiht habe. Weiterhin freue es ihn, daß gerade das Saargebiet eine so große Gruppe von christlichen Metallarbeitern besitze, deren Wunsch auch der Wunsch der Gesamtarbeiterschaft ist, baldmöglichst wieder mit dem deutschen Mutterlande vereint zu werden. Besonderen Dank verdiene auch die Saarbrücker Bevölkerung und ihr Oberbürgermeister für den gebotenen Empfang. So herzlich wie in Saarbrücken seien die christlichen Metallarbeiter noch in keinem anderen Tagungsorte empfangen worden. Als Mittelpunkt der Veranstaltung bezeichne er die Hede Stegerwalds, die nicht nur für die hier versammelten Metallarbeiter von Bedeutung wäre, sondern an das ganze deutsche arbeitende Volk gerichtet sei, und verbreitete sich in kernigen Ausführungen über die Arbeit unseres Verbandes. Mit einem „Gott segne die christliche Arbeit!“ schloß Kollege Wieber seine Ausführungen.

Dabei war das Ende der Begrüßungsfeier erreicht, die mit dem Absingen des Deutschlandsliedes ihren Abschluß fand.

Die Jugendtagung

Am Nachmittag des gleichen Tages fand ein großes Jungendtreffen der Metallarbeiterjugend des Saargebietes statt. Ueber 500 Jugendliche mit Wimpeln und Musik waren erschienen. Verbandsvorsitzender Kollege Wieber begrüßte die jugendlichen Kollegen auf das herzlichste und sprach in seiner ersten festen Art über die Aufgaben, die die Jugendlichen im Verbandsverband zu erfüllen haben. Die Kollegen Wallen (Belgien) und van Welie (Holland) richteten ebenfalls an die Erschienenen herzliche Worte, die vom Kollegen Schmitz trefflich ins Deutsche übertragen wurden. Die Musik des katholischen Junglingsvereins Burbach und zweier „Knüppelgarden“ unseres Verbandes belebten die Tagung. Kollege Föcher, der neue Verbandsjugendleiter, hielt die Festrede. Seine begeisternden Worte zündeten in den jugendlichen Herzen. Diese Feier wird den Jugendlichen, die wegen Ueberfüllung des Saalraumes leider nicht an der Begrüßungsfeier teilnehmen konnten, wohl stets im Gedächtnis bleiben.

Der erste Verhandlungstag

Montag, 17. September, morgens 10 Uhr, begannen die sachlichen Beratungen. Verbandsvorsitzender Kollege **Wieber** erklärte in herzlichen Worten über Größe und Aufgabe der Tagung die Generalversammlung für eröffnet. Einleitend verwies er auf die gestrige Begrüßungsfeier, die den großen Rahmen, in den die Veranstaltung eingespannt ist, aufgezeigt hat, und begrüßte die Versammelten, insbesondere die erschienenen Vertreter der befreundeten in- und ausländischen Berufsverbände. Vom Deutschen Metallarbeiterverband war der Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“, **Fritz Kummer**, als Gast erschienen.

Darauf erfolgte die Wahl des Büros der Generalversammlung und die der Kommissionen. Die Leitung der Generalversammlung wurde den beiden Vorsitzenden Kollegen **Wieber** und **Schmiz** übertragen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab der 2. Vorsitzende **Schmiz** eine Menge Begrüßungstelegramme von Ortsverwaltungen und im öffentlichen Leben stehenden Personen bekannt. Bedauernd stellte Kollege **Schmiz** fest, daß es Kollegen **Minister Hirtliefer** als aktivem Minister nicht möglich war, infolge der besonderen hiesigen Verhältnisse an der Tagung teilzunehmen, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß dieser Zustand bald der Vergessenheit angehören möge.

Reichsminister a. D. Kollege Giesberts gab seiner besonderen Freude darüber kund, daß es ihm vergönnt sei, an der heutigen Tagung teilzunehmen, weil er sich mit dem Christlichen Metallarbeiterverband auf das engste verbunden fühle. Er wünschte, daß der Geist Wiebers sich in den Reihen des Verbandes in alter Kraft erhalte zu seinem Wohle und Gedeihen.

Van Welie (Holland) überbrachte die Grüße des katholischen Metallarbeiterverbandes Hollands und bewunderte die festgefügte Organisation des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Wallen (Belgien) übermittelte die Grüße des belgischen Bruderverbandes und schilderte die Lage der belgischen Metallarbeiter, deren Lage besonders drückend geworden sei. Er sieht in der internationalen Verständigung der Arbeiterschaft die Möglichkeit des Aufstieges.

Grotenhuis (Leyden) unterstrich besonders die Gesichtspunkte Wallenys und forderte die internationale Verständigung nachdrücklichst.

Janowski (Kattowitz) erklärt, daß sich die Kollegen in Polnisch-Oberschlesien nach wie vor als deutsche Metallarbeiter fühlen und nach wie vor uneingeschränktes Vertrauen zum Verbandsverband bekundeten. In diesem Sinne überbrachte er die Grüße seiner Heimat an die Saar.

Darauf erstattete

Verbandsvorsitzender Wieber
den allgemeinen

Geschäfts- und Situationsbericht

Der Bericht des Vorstandes über die gewerkschaftlichen Arbeiten, in den drei verfloffenen Jahren liegt gedruckt vor und ist Ihnen übersandt worden. Ich darf annehmen, daß besonders die Delegierten davon Einsicht genommen haben, um sich ein Urteil zu bilden über die Verbandstätigkeit seit der letzten Generalversammlung, um Vorschläge und Anregungen zu geben, wie die Arbeiten in Zukunft noch fruchtbarer gestaltet werden können.

Der Bericht umfaßt die wichtigsten Ereignisse, die sich auf dem Gewerkschaftsgelände und im Wirtschaftsleben abgespielt haben. Ich kann nicht das ganze Material mündlich vortragen, sondern ich werde mich auf allgemeine Erläuterungen beschränken. Ueber manches Erfreuliche, aber auch über vieles Unerfreuliche ist zu berichten. Auf der letzten Generalversammlung in Osnabrück mußte über die verheerenden Wirkungen der Inflation berichtet werden, hervorgerufen durch Einfall feindlicher Mächte ins Ruhrrevier und damit Knebelung der Wirtschaft in der industriereichsten Provinz Deutschlands. Diesmal tritt die Deflationskrise als Folge mit dem gewaltigen wirtschaftlichen Zusammenbruch in die Erscheinung und damit eine in Deutschland in dem Umfang nie gekannte Arbeitskrise. Die Arbeitslosenziffer war auf die ungeheure Zahl von mindestens 2½ Millionen emporgeschwollen, wenn nicht noch höher. Dazu kamen die Kurzarbeiter, die nur 2 bis 3 Tage in der Woche arbeiteten, deren Zahl auch hunderttausende ausmachte. Am härtesten wurden von dieser Arbeitskrise die Metallarbeiter betroffen. Im Juli 1926 entfielen auf 1000 Arbeitslose 150 Metallarbeiter in der Textilindustrie 61, in der chemischen Industrie nur 45 und einige Berufe waren noch weniger in Mitleidenschaft gezogen. Auch an der Kurzarbeit waren die Metallarbeiter am stärksten beteiligt. Nach den Berichten der Verbände entfielen auf 1000 Kurzarbeiter 186 Metallarbeiter, Holzindustrie 50, Textilindustrie 157, chemische Industrie 35 und Baugewerbe nur 1.

In unserm Verband wirkte sich die Arbeitslosigkeit ebenfalls am schärfsten aus. Allein 70 Prozent aller unserer Mitglieder waren arbeitslos und mußten vom Verbandsverband unterstützt werden. 30 Prozent wurden vollständig ausgesteuert. Die finanziellen Mittel des Verbandes waren bis zum äußersten in Anspruch genommen. Diese Verhältnisse hatten im Jahre 1926 eine vollständige Lähmung hervorgerufen. Große Mitgliederverluste waren zu verzeichnen; an Gewinnung neuer Mitglieder war gar nicht zu denken. Erst im November 1926 kam wieder etwas Aufschwung, der auch noch 1927 anhielt.

Wenn die Gewerkschaften die beiden großen Krisen 1923 und 1926 mit all ihren Schwierigkeiten überwandten, so ist dies ein Beweis ihrer gelunden Grundlage und inneren Stärke. Gewiß sind die Wunden, die sie geschlagen, noch nicht vollständig überwunden, aber bei intensiver Mitarbeit der Vorstände, Vertrauensleute und Mitglieder wird auch dieses erreicht werden. Wenn die Metallarbeiter am schärfsten von der Krise erfaßt wurden, so kann der Eisen-, vor allem der Großeisenindustrie der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie bei der sogenannten Rationalisierung und Stilllegung von Betrieben am rücksichtslosesten vorgegangen sind. Das damals neu gegründete Stahlkartell gab dazu die beste Handhabe. Die Produktion eines Werkes wurde auf ein anderes übertragen, und so konnte jedesmal ein Werk oder Betrieb stillgelegt werden und die betreffenden Arbeiter lagen auf der Straße.

Vor allem hätte es nicht vorkommen dürfen, daß die alten Arbeiter, die 30, 40 und mehr Jahre den Werken treu gedient, einfach auf die Straße gesetzt wurden, die teilweise noch sehr rüstig waren, aber anderwärts keine Arbeit mehr finden konnten. Solcher Rücksichtslosigkeit und Willkür muß eventuell durch gesetzliche Maßnahmen entgegengewirkt werden. Wenn wir es für richtig halten, daß Kriegsverletzte zwangsweise beschäftigt werden müssen, so haben die alten Arbeiter, die ihre besten Jahre und ihre Manneskraft der Wirtschaft gewidmet haben, denselben Anspruch. Auf großen Werken gibt es immer Arbeiten, die auch von älteren Arbeitern, soweit sie gesund sind, ausgeführt werden können. Das war vor dem Kriege der Fall, es muß auch jetzt möglich sein. Je mehr die Werke in Aktiengesellschaften übergehen und von Direktoren, Vorständen und Aufsichtsräten verwaltet werden, desto mehr schwindet das menschliche Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern resp. Betrieben, zum Nachteil der alten Arbeiter. Der alte, persönliche Unternehmer wußte die treuen Dienste, die ihm die alten Arbeiter geleistet hatten, besser zu schätzen, als das bei dem Direktorentum der Fall ist, das häufig dem Wechsel unterworfen ist.



St. Wendel im Saargebiet

August Franzen †

Kurz vor Vollendung seines 57. Lebensjahres starb am 17. d. Mts. nach langem Leiden unser Kollege August Franzen aus Duisburg-Laar. Geboren am 24. September 1871, erkannte der Verehrte schon früh die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses für die Arbeiterschaft. Er stand mit an der Wiege unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes. Er war einer der ersten beamteten Kollegen, der aus der Schwerindustrie hervorgegangen war. Unentwegt trat der Verstorbene für die Rechte des Arbeiters ein. Kraftvoll trat er den Angriffen der gegnerischen, insbesondere der sozialistischen Metallarbeiterorganisation entgegen.

Lange Jahre hat er die Interessen unserer Mitglieder im Gebiete Mülheim (Ruhr)—Oberhausen vertreten. Nach 19jähriger erfolg- und segensreicher Arbeit zum Wohle der Arbeiterschaft sah sich der Verehrte genötigt, am 1. August 1924 aus dem aktiven Dienst des Verbandes auszuscheiden. Sein Leiden zwang ihn zu diesem für ihn sehr schweren Schritt. Kollege Franzen ist nicht mehr. Die Zahl der Alten, die an der Wiege unseres Verbandes standen, ist wieder um einen tapferen Streiter vermindert. Wir aber wollen an dem Werke, das er mitgeschaffen und aufgebaut hat, weiterarbeiten. Er aber möge ruhen in Frieden!

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur sogenannten Nationalisierung und technischen Verbesserungen in den Betrieben. Um und für sich sind wir keine Gegner gesunder, technischer Verbesserungen, um die Werke auf der Höhe zu halten und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu bleiben.

Ein gesunder Fortschritt ist zu begrüßen, aber diese fieberhafte Ueberstürzung und Refordsucht kann die Menschheit, besonders aber das arbeitende Volk nicht glücklich und zufrieden machen und kann auch nicht als gesunder Fortschritt bezeichnet werden.

In vielen Köpfen dämmert die Erkenntnis, daß der Kapitalismus und das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann. Die Sozialdemokratie will Vergesellschaftung der Produktionsmittel und damit Staatswirtschaft. Andere wollen den kapitalistischen Geist bekämpfen. Andere erstreben den Mitbesitz an den Produktionsmitteln. Eins steht fest: Der Kapitalismus als Wirtschaftssystem in der Welt ist unerschütterlich, ist auch nicht mit ein paar Gesetzesparagrafen oder schönen Ideen aus der Welt zu schaffen. Wo man ihn gewaltsam unterdrückte, wie in Rußland, hat dies die verheerendsten Folgen für Volk und Land gebracht. Ich wünsche all den schönen Bestrebungen, dem Kapitalismus den Hals umzudrehen, besten Erfolg. Wir Gewerkschaftler sind praktische Menschen, wir sehen den besten Erfolg darin, daß erstens von dem großen Gewinn den arbeitenden Schichten der möglichst größere Anteil zufällt: das ist die einzige Möglichkeit zu Mitbesitz zu kommen; zweitens eine größere Sicherheit in der Existenz, das heißt auf der Arbeitsstelle, damit der Arbeiter nicht willkürlich auf die Straße gesetzt werden kann. Ist das erreicht dann sind dem Kapitalismus die stärksten Giftzähne ausgezogen. Solange es aber noch eine Reihe Länder gibt ohne die geringste soziale Reformarbeit, wird es den anderen um so schwerer, die Auswüchse zu bekämpfen.

Die massenhafte Entlassung alter Arbeiter, die anderwärts keine Arbeit mehr finden konnten und deren Rente so gering war, daß sie damit nicht leben konnten, reifte bei uns den Gedanken, aus Verbandsmitteln einen Zuschuß als Altersinvalidenunterstützung zu gewähren. Es ist dieses ein bedeutsamer Schritt, den der Verband hier unternimmt und dessen materielle Aufwendungen noch nicht übersehen werden können. Es kann dieser Schritt nur mit äußerster Vorsicht unternommen werden. Der Vorstand hat eine Vorlage ausgearbeitet, welche auch die einstimmige Zustimmung des Ausschusses gefunden hat, die Ihnen vorliegt.

Kollege Wieber verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über die allgemeine wirtschaftliche Lage und sagte über die Reparationslast:

Erschwerend wirkt noch die große Reparationslast von 2½ Milliarden Mark, die wir jährlich zu zahlen haben. In dem Dawesplan war schon von Sachverständigen anerkannt, daß Deutschland seine Kriegslasten an das Ausland nur mit Waren zahlen könne. Wenn wir aber schon ohne Kriegslasten 4 Milliarden Unterbilanz haben, wo sollen dann auf die Dauer die 2½ Milliarden Reparationen herkommen? Bis jetzt haben wir Schuldenwirtschaft getrieben und damit vorläufig einen Ausgleich gefunden. Aber die 12 Milliarden Auslandsschulden erfordern mindestens auch wieder eine Milliarde Zinsen, die dem Ausland zufließen müssen. Aber eines Tages wird doch die Quelle der Pumpwirtschaft versiegen. Es wird dann nichts anderes übrig bleiben, als entweder Reparationsleistungen herabzusetzen oder das Ausland nimmt Waren von uns in größerem Maße, oder Deutschland wird zahlungsunfähig sein. Alle Besatzungen, Kanonen und Bajonette werden daran nichts ändern können. Von einem Schuldner große Zahlungen verlangen, andererseits es ihm unmöglich machen, durch Abschließung der Grenzen, durch hohe Zollmauern, ist ein Widerspruch in sich selbst. Abschließend kann gesagt werden, unsere wirtschaftliche Lage hat sich etwas gebessert gegenüber den ersten Nachkriegs- und Revolutionsjahren, aber noch nicht so, daß unser Volk voll beschäftigt und die aufgezwungenen Kriegslasten abtragen könnte. Das Verlangen einer Herabminderung der Kriegslasten liegt an erster Stelle im Interesse des arbeitenden Volkes, in allen Ländern, nicht bloß des deutschen.

Nun einiges über die Lage der Metallarbeiter. Der wirtschaftlichen Lage der Metallarbeiter hat der Bericht allein 28 Seiten gewidmet. Bis ins einzelne sind die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Bezirken und Tarifgebieten wiedergegeben. Sie geben ein Bild der umfangreichen Verbandsarbeit, die in den letzten drei Jahren geleistet werden mußte. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den letzten Monaten des Inflationsjahres 1923 der Stundenlohn, auf Goldmark umgerechnet, oft nur 10 bis 15 Pfennige betrug, die Lebenshaltung der Arbeiter aufs

tieffste herabgedrückt, und auch der Anfangslohn des Jahres 1924 nach der Stabilisierung der Mark noch sehr niedrig war, der wird erst die mühsame volle gewerkschaftliche Arbeit zu würdigen wissen, die nötig war, um den heutigen Zustand zu erreichen.

Dieses Kapitel empfehle ich ganz besonders den Kollegen und Delegierten zum eingehenden Studium. Man wird dann nicht mehr sagen können, die Organisation hätte sich nicht um das Wohl der Arbeiter bemüht, oder die Gewerkschaften hätten verlagert, wie es bei radikalen Elementen stehende Redensart ist.

(Im übrigen möchten wir gerade hierfür noch einmal auf die letzten Nummern unseres Organs verweisen. Die Red.)

Der

Arbeitszeitregelung in der Schwerindustrie

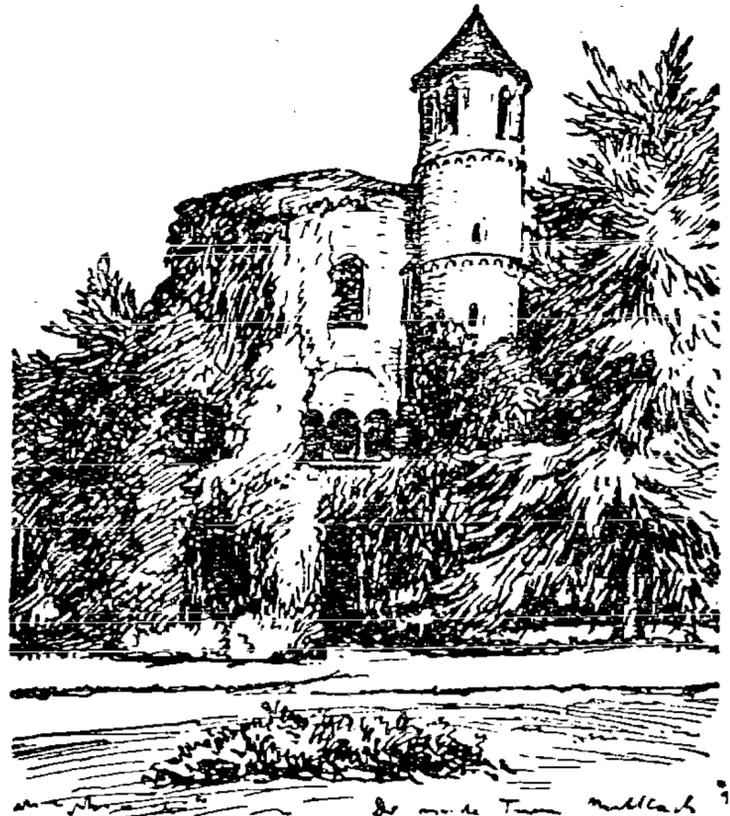
möchte ich in äußeren Umrißen anfügend einige Worte widmen. Ich darf wohl annehmen, daß in der Diskussion noch weiter darauf zurückgegriffen wird. Durch Vereinbarung mit den Unternehmern im Jahre 1918, bevor die Revolution ausbrach, war der Achtstundentag auch in den Hütten- und Walzwerken eingeführt und dauerte bis zur Ruhrbesetzung 1923. Nach Beendigung derselben erklärten die Unternehmer, außerstande zu sein, die Betriebe wieder in Gang setzen zu können, wenn nicht die Arbeiter bereit wären, vorübergehend eine längere Arbeitszeit mit zu übernehmen. Fast ein volles Jahr hatten die Arbeiter im Hauptgebiet der Hüttenwerke auf der Straße gelegen. Was das bedeutet, werden diejenigen verstehen, die es mitgemacht haben. In der Zwangslage um wieder geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erlangen stimmten die Arbeiter zu, und gerade die Radikalsten waren in manche Betriebe schon hineingestürzt, bevor die Organisationen ihre Zustimmung gegeben und mit den Unternehmern Vereinbarungen getroffen hatten. Nach einem halben Jahre sollte wieder eine Aenderung eintreten. Die Unternehmer erklärten aber, dazu noch nicht in der Lage zu sein. Nach vieler Mühe gelang es, zunächst den Hochöfen- und Kokereiarbeitern auf dem Verordnungswege den Achtstundentag im Jahre 1925 zu verschaffen, für die übrigen Stahl- und Walzwerksarbeiter war zunächst nichts zu erreichen.

Im Jahre 1927 machte der Verband einen erneuten Vorstoß zur Einführung des Achtstundentages für die Stahl- und Walzwerksarbeiter und einer Reihe sonstiger Betriebe durch eine Eingabe an die Reichsregierung. Im Juli 1927, nach vielen Verhandlungen mit Arbeitern und Arbeitgebern, erließ der Reichsarbeitsminister Dr. Krauns — dem an dieser Stelle unser besonderer Dank ausgesprochen werden soll — eine Verordnung, wonach auch wieder für die Stahl- und Walzwerksarbeiter der Achtstundentag am 1. Januar 1928 in Kraft treten sollte.

Die Unternehmer drohten mit der allgemeinen Aussperrung, die aber unterblieb, nachdem der Verband sich alle Mühe gegeben und auch Regierung und Parlament sich einmischten. Nach Beseitigung mancher Schwierigkeiten konnte die Verordnung in Kraft treten, und unsere Feuer- und Hüttenarbeiter haben wieder den Achtstundentag. Wie viel Mühe und Arbeit hat es gekostet, welcher langer Weg ist zurückgelegt worden, wenn ich daran denke, daß ich schon im Jahre 1894 im Katholischen Arbeiterverein zu Duisburg die Forderung des Achtstundentages für die Feuer- und Hüttenarbeiter erhoben habe und es erst im Jahre 1928 endlich erreicht wurde. Für keine Berufsgruppe hat so viel und so lange gekämpft werden müssen wie für unsere Hüttenarbeiter. Mögen sie sich dafür dankbar erweisen durch treues Festhalten an der Organisation, was an manchen Stellen noch viel zu wünschen übrig läßt.

Zur Mitgliederbewegung,

die ich eingangs schon erwähnt habe, möchte ich noch hinzufügen, daß nach den schweren Jahren 1923 und 1926, wo große Mitgliederverluste entstanden, es wieder aufwärts geht und die Zahl 100 000 wieder erreicht und überschritten ist. Aber mit vereinten Kräften muß dahin gestrebt werden, daß die Verluste wieder eingeholt und die alte Zahl erreicht wird. Die Kollegen müssen sich stets vergegenwärtigen, daß ihre Kraft und ihr Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der sozialen



Klosterruine Mettlach

Belange einzig in der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation liegt. Der antisoziale Geist ist nicht kleiner, sondern größer geworden, nicht bloß bei uns, sondern auch im Ausland. Jede Nachlässigkeit der Arbeiter im Gewerkschaftsleben wird sich an ihnen selber rächen.

Kollege Wieber sprach sodann über Rechtschutztätigkeit, Betriebsvertreterwesen, Unfallversicherung und Berufskrankheit und dann über Beitrags- und Unterstützungswesen, zu Verbandsorgan und Bildungswesen und betonte zum Schluß:

Werte Kollegen! Ich unterbreite damit den Bericht der Generalversammlung. Wer denselben eingehend prüft wird gestehen müssen, daß in den letzten drei Jahren trotz aller Schwierigkeiten umfangreiche Arbeit mit Erfolg geleistet wurde. Allen, die ihre Kräfte mit in den Dienst gestellt haben, spreche ich herzlichen Dank aus meinen Mitarbeitern an der Zentrale, den Vorstands- und Ausschußmitgliedern den freigestellten Kollegen, den Vorständen in den Ortsgruppen und nicht zum wenigsten unsern treuen Vertrauensmännern. Dieses tapferen Unteroffizierskorps des Verbandes, auf dem zuletzt das ganze Verbandsgebäude beruht, möchte ich hier besonders gedenken. Christlicher Geist, Hilfsbereitschaft, wo es notwendig war, innere Einheit und Geschlossenheit wahre Kollegialität, diese Eigenschaften haben die christliche Metallarbeiterchaft stets ausgezeichnet. Möge es für alle Zukunft so bleiben. Dann wird Gottes Segen auf unsern Arbeiten ruhen zum Wohle für Volk und Vaterland. Gott segne die christliche Arbeit!

Die Darlegungen des Verbandsvorsitzenden, mit dem bekannten Feuer und Temperament, aber auch mit allem Ernst vorgetragen, verfehlten ihre große Wirkung nicht. Stürmischer Beifall dankte dem greisen Führer.

Hauptkassierer Hegemann

gab sodann den

Kassenbericht

ab, der einen sehr günstigen Stand zeigte. Der Kassenbericht umfaßt die Jahre 1925, 1926 und 1927. In den drei Jahren hatte die Hauptkasse eine Gesamteinnahme von 7 624 862,95 M, zu der noch 2 401 958,68 M aus den Lokalbeiträgen hinzukommen. Somit ergibt sich ein Betrag von über 10 Millionen Mark Einnahmen.

Kollege Hegemann gab sodann an Hand von ausgezeichnetem tabellarischem Material eine Uebersicht der Hauptposten der Einnahme und Ausgaben, die jedem Delegierten einen guten Blick über die gesamten Kassenverhältnisse gewährten.

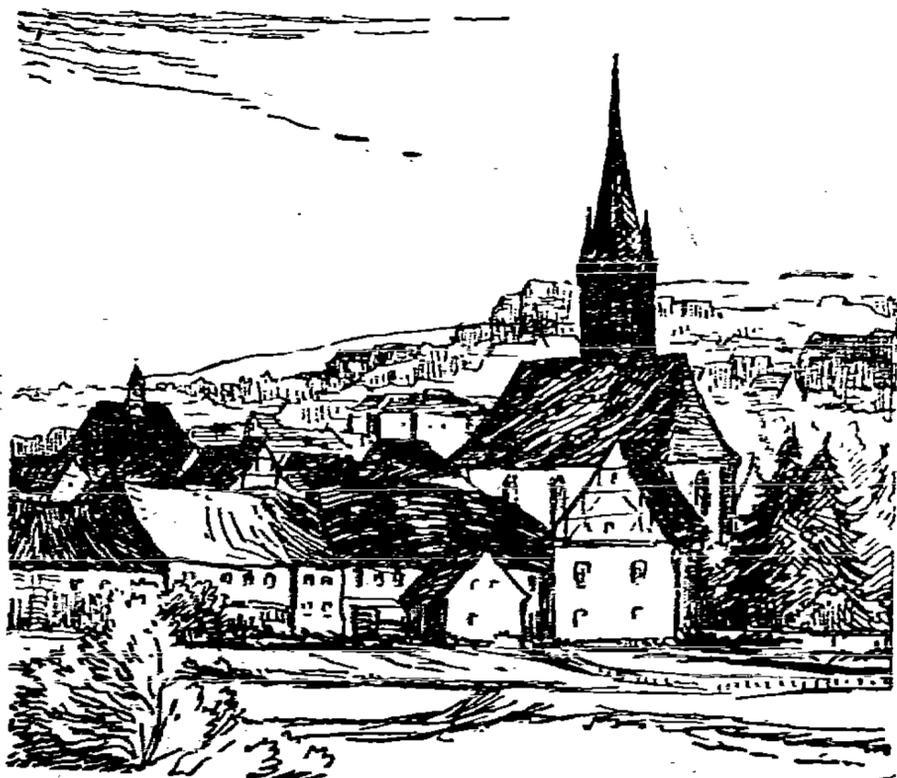
Schwer zu schaffen machte dem Verband das Krisenjahr 1926, das eine scharfe Steigerung der Erwerbslosen auf 70 Prozent der Mitglieder brachte. Das Jahr 1927 machte das aber, wie der Bericht ausweist, wieder wett. Der Redner besprach dann noch einige verwaltungstechnische Fragen und rügte insbesondere die unter den Mitgliedern vielfache falsche Einstufung in den Beitragsklassen. Gerade hier muß der Hebel angelegt werden.

Verbandsredakteur Georg Wieber

erstattete sodann den Bericht über

Verbandsorgan und Bildungswesen

Der Referent ging zunächst auf Ursachen und Wirkung der modernen Bildungskrise ein, die sich auch vielfach im gewerkschaft-



Ottweiler im Saargebiet

lichen Leben zeigt, und betonte, daß der Gefahrenpunkt in der Einseitigkeit formaler Bildung und gesellschaftlicher Bindung liege, die Erneuerung aber im Erkennen und Hindrängen zum Gesamten, im Einsehenlernen, daß jeder mit dem Ganzen verflochten sein muß.

Auch die Gewerkschaftsbewegung wird sich univerteller einstellen müssen. Das Wollen der Gewerkschaftsbewegung muß daher auf die Erfassung des Wesentlichen im Menschen und im Arbeiter hingen. Das soll nicht heißen, daß wir uns etwa als Gewerkschaftsbewegung auf dem Gebiete der Religion oder Parteipolitik zu betätigen hätten, aber über die materiellen Fragen hinaus müssen wir uns Fundamente schaffen im Kulturellen, im Familienhaften, im staatsbürgerlichen Denken. So gesehen, war auch die Aenderung unseres Organs nicht nur eine technische Frage, sondern der Leitgedanke war, Verband, Verbandstätigkeit und Verbandsorgan sind nicht nur eine Angelegenheit der Organisierten, sondern genau so eine Angelegenheit der Familie. Je fester die Organisation im Denken der Familie verwurzelt ist, um so stärker ist sie.

Bestimmend für Haltung und Richtung des Verbandsorgans ist lediglich das Verbandsinteresse. Daher hat das Verbandsorgan nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Stellung zu nehmen zu den modernen geistigen, wirtschaftlichen oder politischen Strömungen, besonders zu denen, die dem Verband und der Arbeiterschaft gefährlich werden könnten. Referent verbreitete sich sodann über das Verbandsorgan und Bildungswesen und den Ausbau des letzteren. Besondere Beachtung verdiene der Film jetzt schon und mehr noch in der Zukunft, sowohl als Werbe- wie als bedeutendes Bildungsmittel. Die Bildungsarbeit sei die Grundlage jeglicher Verbandsarbeit und Grundbedingung allen weiteren Erfolges.

Damit war die Erstattung des Geschäftsberichtes abgeschlossen. Es wurde in die Generaldiskussion eingetreten.

Die Generaldiskussion:

Bezirksleiter Pick (Saarbrücken) gab einen großen Ueberblick über die Lage im Saargebiet auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Neben dem Ringen um das Deutschtum gelte es hier vor allem dem Kampf gegen den internationalen Kapitalismus. Gerade im Saargebiet schiene er seine besten Trabanten zu haben. Der Christliche Metallarbeiterverband stehe hier in vorderster Front gegen das internationale Kapital für die Freiheit der Metallarbeiterchaft, die leider durch die Trutznächte des Kapitalismus, die Kommunisten, behindert werde. Er schloß mit dem Rufe: Zurück zum deutschen Vaterland!

Saikowski (Danzig) sprach über die wirtschaftliche Lage Danzigs und Ostpreußens. Als Grundforderung für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse forderte er Entfernung des polnischen Korridors und der Isolierung Danzigs und ein stärkeres Interesse der Industrie für Ostpreußen als Ausfallstor gegen Osten.

Schümmmer (Köln) schilderte sehr ausführlich den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Aachener Industriegebietes, die Wirtschaftsnot und Arbeiternot der gesamten westlichen Grenzgebiete. Eine energische Verkehrspolitik und die Schaffung billiger Transportwege müsse mithelfen, die bedrohte Wirtschaft dieses Gebietes zu halten und den Nachbarindustrien gegenüber wieder konkurrenzfähig zu machen.

Ciara (Oberschlesien) betonte die harten Nöte dieses vom Versailler Vertrag so schwer getroffenen Industriegebietes. Erfreulicherweise sei das wirtschaftliche Gesicht Oberschlesiens nicht zuletzt dank der Tatkraft und Arbeit der Gewerkschaften wieder freundlicher geworden, wenn auch besonders hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse noch manches zu wünschen bliebe.

Burgarz (Duisburg) sprach sehr ausführlich und bemerkenswert über das internationale Problem der Arbeiterlöhne, über grundsätzliche Fragen bei Lohnforderungen und das Schlichtungswesen. In dieser letzten Frage forderte er besonders eine Ausschaltung einseitiger Information und Beeinflussung der staatlichen Stellen. Er schloß mit einer applaudierten Anerkennung der Verdienste des früheren Arbeitsministers Dr. Brauns.

Mief (Hagen) erkannte das Streben der Unternehmer nach Rationalisierung ihrer Betriebe an, verwahrte sich aber gegen die gewalttätigen Methoden und forderte eine der Produktionssteigerung parallel verlaufende Hebung der Kaufkraft der Arbeiter.

schaft. Man dürfe über dem Streben nach Gewinn nicht den Menschen im Arbeiter vergessen. Der Christliche Metallarbeiterverband sehe das Schlichtungswesen als notwendig an, solange es nicht möglich sei, in freier Vereinbarung berechnigte Forderungen der Arbeiter bei den Unternehmern zur Anerkennung zu bringen.

K o n r a d (N ü r n b e r g) sprach über die Differenzen zwi-

schen Indexstand und Lohnhöhe, zur Frage der Ueberstunden und Ueberstundenlöhne. Er betonte, daß mit sozialen Gesetzen allein noch nicht geholfen sei, wenn die Grundlagen und Möglichkeiten fehlen, sie so auszuführen, daß die bei ihrer Abfassung gewollten Wirkungen eintreten. Darum sei eine starke Selbsthilfe nötig, die sich nur aufbauen könne auf einer starken Organisation. — Um 7 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Der zweite Verhandlungstag

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst die Fortsetzung der Generaldiskussion, in der Hebborn (Erlangen), M. d. L., über Werbetätigkeit, Trauwinski (Köln) über Schulung und Bildung, Hohn (Essen) über Wohlfahrtseinrichtungen und Lage der Schwerstarbeiter Klasmeyer (Neheim) über die Lage in der Kleinisenindustrie, Sperrmaßnahmen und Unterbindung der Freizügigkeit, Stolte (Essen) über Eindämmung der Fluktuation, Schineller (Schweinfurt) über Finanzpolitik und richtige Einklassierung, Haag (Nürnberg) über Jugendfrage Gengler (Ettgart), M. d. L., über Sozialversicherung, Molders (Essen) über Werbetätigkeit treffliche und von großer Sachkenntnis zeugende Gedanken aussprachen. Alle Redner sprachen auch zur Altersinvalidenunterstützung, die sie als eine ebenso wichtige wie auch als erfreuliche Einrichtung bezeichneten. Vorschläge wurden nach mancher Seite hin gemacht.

2. Verbandsvorsitzender Kollege Schmitz

nahm dann das Wort zu den Verkehrsproblemen in den besetzten Gebieten und besonders zu der Lage der dortigen Arbeiterbevölkerung. Die Frage der staatlichen Wirtschaftspolitik in den Grenzgebieten ist von außergewöhnlicher volkswirtschaftlicher und künftiger politischer Bedeutung. Aber, abgesehen von allen großen Gesichtspunkten, sehen wir nur einmal auf die Auswirkungen für die Gestaltung der Arbeitslöhne. Ein markantes Beispiel bietet Oberschlesien. Die Löhne waren in Oberschlesien alle Zeit rückständig. Aber es macht sich seit längerem doch eine Entwicklung bemerkbar, gegen die wir unter allen Umständen ankämpfen müssen. Die Lohn Differenz in der Schwerindustrie Oberschlesiens gegenüber dem Ruhrgebiet wird immer größer. War sie 1913 60 Prozent, so heute 80 Prozent unter den Löhnen des Ruhrgebietes. Es handelt sich hier um Arbeiterfragen von allerwichtigster Bedeutung. Jedes Nebeneinanderarbeiten muß in diesen Fragen aufhören. Zusammenfassung der Kräfte ist notwendig. Ich mache auf diese Zusammenhänge mit allem Vorbedacht gerade in Saarbrücken aufmerksam. Wir sind der Zukunft der Saarbevölkerung schuldig. Unsere Generalversammlung erwirbt sich dauernde Verdienste, wenn sie alle Welt in Deutschland aufruft, wachsam zu sein.

Am Nachmittag sprach zunächst, lebhaft begrüßt,
Bayerischer Landesgewerbearzt
Ministerialrat Professor Koelsch

über

Gesundheitsgefahren und Gesundheitschutz der Metallarbeiter

Es ist uns leider im Rahmen dieser Zusammenstellung nicht möglich, das ganze überaus lehrreiche und auf neue Gebiete hinführende Referat von Koelsch zu bringen; wir möchten nur darauf verweisen, daß dieser Vortrag als Sonderdruck erscheinen wird, dessen eingehendes Studium notwendig ist. Der Vortrag bietet reichsten Stoff zur Besprechung in unseren Versammlungen.

Nachdem Koelsch einige Grundfragen der Arbeitsphysiologie besprochen und besonders auf die Eigenart des Individuums in seinen Beziehungen zur Arbeitsleistung, über Berufsberatung und Berufsauslese gesprochen hatte, machte er sehr bedeutsame Darlegungen über **Arbeitszeit und Arbeitspausen**.

Ueber den vielumstrittenen Achtstundentag können wir vom arbeitsphysiologischen Standpunkte aus sagen, daß die durch entsprechende Pausen unterbrochene tägliche 8stündige Arbeitszeit wohl als **Normal-Arbeits-**

zeit des körperlich und geistig angestrengt und fleißig arbeitenden Menschen bezeichnet werden muß. Allerdings müssen wir vom biologischen Standpunkte aus auch sagen, daß eine einfache Schematisierung auf alle nicht in den physiologischen Rahmen paßt: denn für den Physiologen bestimmt sich die Menge der Arbeit durch den Eintritt der Ermüdung; nach unserer Auffassung hat jedermann die Pflicht aber auch das Recht, so lange zu arbeiten, bis die ersten Ermüdungserscheinungen auftreten. Diese Forderung hat nur den einen Haken, daß wir in der allgemeinen Praxis dies nicht ohne weiteres feststellen können und daß wir uns daher auf eine durchschnittliche Normalarbeitszeit einigen müssen mit evtl. Verminderung derselben bei besonders anstrengenden Arbeiten, und einer evtl. Verlängerung bei sehr wenig ermüdender Tätigkeit.

Jedenfalls aber müssen wir betonen, daß fortgesetzte Ueberarbeit sowohl vom gesundheitlichen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus unzweckmäßig ist und daher vermieden werden muß. Dauernde Ueberarbeit ist gesundheitlicher und wirtschaftlicher Raubbau. Aus dem gleichen Grunde bekämpfen wir auch die häufig wiederholte Sonntagsarbeit — Bezüglich der Nacharbeit wäre kurz zu sagen, daß sie weit weniger ergiebig ist, daß die Ausschufarbeit und die „verlorene Zeit“ zuzumitteln, daß sie endlich unhygienisch ist. Langdauernde Nacharbeit kann unter Umständen auch zu Gesundheitsstörungen führen; hierüber liegen mehrere Beobachtungen vor.

Jede Arbeit muß in bestimmten Zwischenräumen von Ruhepunkten unterbrochen werden, sei es während des Arbeitsvorganges selbst: durch kurze „Echnaufpausen“ oder durch je 5—10 Minuten Pause am Schluß einer Stunde („Kurzstunden“) oder durch besondere Vormittags-, Mittags- und Nachmittagspausen — dann durch Pausen von einem Arbeitstag zum anderen: Nachtschlaf — von einer Woche zur anderen: Sonntagserholung — endlich durch einen längeren Intervall im Laufe des Jahres: Jahresurlaub. Je schwerer die Arbeit ist, je intensiver die Ermüdung, desto länger muß die Erholung sein.

Was die tägliche Pause betrifft, so bedarf es auch hier vielfach eingehender besonderer Untersuchungen, um Zeitdauer und Lage der zweckmäßigsten Pausen einwandfrei festzustellen. Jedenfalls müssen wir nachdrücklich betonen, daß die täglichen Pausen in den Arbeitsvorgang selbst hineinverlegt werden müssen, daß es durchaus falsch ist tagsüber auf Pausen möglichst zu verzichten, um dadurch die Gesamtanwesenheitszeit im Betrieb zu kürzen und möglichst reich wieder nach Hause zu kommen. Diese in der Neuzeit vielfach verbreitete Gepflogenheit ist vom arbeitsphysiologischen Standpunkte aus verkehrt und muß daher nachdrücklich bekämpft werden. Allerdings muß gelegentlich eine Konzession an gewisse örtliche Verhältnisse, an die Fahrgelegenheiten, an die heute vielfach unangünstigen Wohngelegenheiten usw. gemacht werden. Dies darf aber nicht hindern, die außerordentlich große gesundheitliche Bedeutung richtiger, in die Arbeit selbst verlegter Arbeitspausen immer wieder zu betonen.

Eine der Hauptquellen der Erholung ist der nachtrliche Schlaf. Nicht-einhaltung des individuellen Schlafmindermaßes führt mit der Zeit zu bedenklichen Gesundheitsstörungen. Der Tagischlaf ist kein vollwertiger Ersatz für den ausgefallenen Schlaf bei Nacht: er ist weniger tief und wird durch



Aus Wörthweiler

mannigfache Reize, durch Lärm, Licht, Wärme usw. gestört. Die Erholung ist dabei meist unvollkommen, so daß die Leistungsfähigkeit in der darauffolgenden Arbeitsperiode herabgesetzt ist. Unregelmäßigkeiten bestehen darüber ob der Schichtwechsel in kürzeren Zwischenräumen, etwa alle acht Tage oder erst in längeren Perioden, etwa 2-3 Wochen, durchgeführt werden soll. Manche Autoren nehmen an, daß der letztere Modus physiologisch günstiger wäre, da der Körper dabei Gelegenheit hat, sich besser einzustellen bzw. zu gewöhnen und nicht alle Augenblicke zu einer neuen Umstellung gezwungen ist.

Von großer gesundheitlicher Bedeutung ist weiterhin die richtige Sonntagsruhe, die ja von den jüdischen und christlichen Religionsgelehrten in weiser Voraussicht strengstens vorgeschrieben wurde. Der arbeitende Körper braucht zeitweise eine völlige Entspannung von jeder Arbeit; dazu kommt ein gewisses unwägbares „Etwas“, die sogenannte Feiertagsstimmung, die allgemeine Ruhe, die festliche Kleidung usw. Voraussetzung ist natürlich, daß der Sonntag wirklich der Ruhe gewidmet und nicht durch unzweckmäßige Vergnügungen und Exzesse beeinträchtigt wird.

Schließlich noch ein kurzes Wort über den Jahresurlaub, der ein wichtiger Faktor für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit bedeutet. Das arbeitende Individuum soll dabei die Möglichkeit finden, die Erntedunnarest: möglichst vollkommen zu beseitigen, einseitige Organbeanspruchungen auszugleichen und dabei sich den Gedanken hingeben können, einmal völlig freier Herr über sich selbst zu sein. Diese Forderungen setzen aber eine längere Urlaubszeit voraus, wobei wir als Minimum etwa eine Woche fordern, mit Zuschlägen für Jugendliche, Frauen, Schwächliche und ältere Arbeiter sowie Schwerstarbeiter. Natürlich ist Voraussetzung, daß der Arbeitslohn oder eine gleichwertige Unterstützung bezahlt wird und daß der Urlaub möglichst nicht zu Hause verbracht wird. Die Jahreszeit spielt im allgemeinen keine Rolle, wenn nur entsprechende, gut ausgestattete Unterkunstmöglichkeiten vorhanden sind. Für die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Betätigung bieten sich gerade hier weitestehende Möglichkeiten.

Er machte sodann längere Ausführungen über Arbeitsrationalisierung, über Fließ- und Bandarbeit. Nach diesen Ausschnitten aus der Arbeitsphysiologie wandte er sich den einzelnen spezifischen Berufschädlichkeiten zu.

Ich beginne zunächst mit den strahlenden Energien, die in der Metallindustrie in erheblichem Umfange wirksam werden können, ausgehend von den Schmelz- und Glühöfen bzw. von den glühenden Metallen, beim elektrischen oder autogenen Schweißen, beim autogenen Schneiden und dergleichen. Die verschiedenen Lichtquellen enthalten verschiedene Strahlenarten, die in ihrer Wirkung auf den menschlichen Organismus keineswegs gleichwertig sind. Während wir bisher annahmen, daß es hauptsächlich die ultravioletten Strahlen seien, welche besonders stark reizen, scheinen nach neueren Untersuchungen die ultraroten Strahlen die Schlimmeren zu sein; sie machen Entzündungserscheinungen am äußeren Auge und auf der Haut, Blendungserscheinungen und unter Umständen schwere Schädigungen auf der Netzhaut, ferner Trübungen der Linse, die wir als Feuerstar oder Schmelzstar bezeichnen. — Als Schutz dienen Schutzbrillen mit Gläsern, welche diese gefährlichen Strahlen zu absorbieren imstande sind. Man empfiehlt zur Absorption der ultraroten Strahlen besonders eisenoxydhaltige Gläser; beim autogenen und elektrischen Schweißen haben sich im allgemeinen tiefdunkelbraunrote oder tiefblaue Gläser bewährt. Wichtig ist, daß die Schutzbrillen und -Blenden entsprechend groß sind, gut anliegen, auch seitlich bis zu den Schläfen gehen, um die von den Seiten eindringenden Strahlen abzuhalten. Zweckmäßig ist hier für Dauerarbeiter die Verwendung von Helmen, durch welche die Gesichtshaut gleichzeitig vor Verbrennungen geschützt wird.

Man hat auch davon gesprochen, daß durch die beim elektrischen Schweißen usw. auftretenden Strahlen die Zeugungsfähigkeit beeinträchtigt würde. Wir haben darüber noch keine eindeutigen Erfahrungen; wir wissen zwar, daß dies durch Röntgenstrahlen geschehen kann. Um diese Frage zu klären wäre es natürlich notwendig, daß jeder Fall sogleich dem zuständigen Gewerbezahnarzt gemeldet wird, der dann evtl. weitere Untersuchungen veranlassen wird. Auch über Beziehungen zwischen Strahlen und Stirnhöhlenkatarrh wurde gesprochen; auch hier liegt kein eindeutiges Material vor. Vorerst kann ich nur sagen, daß hier, nach meiner Auffassung, ein ursächlicher Zusammenhang nicht wahrscheinlich erscheint. Allerdings müßte auch noch mehr Material gesammelt werden.

Abnorme Schallreize beeinflussen naturgemäß am meisten das schallempfindliche Organ, das Ohr. Lärm gibt es in der Metallindustrie überall, er ist in manchen Betrieben unvermeidbar. Fortgesetzte Lärmarbeit führt mit der Zeit zur beruflichen Schwerhörigkeit, wie wir sie bei den sogenannten Lärmberufen überall nachweisen können insbesondere bei Schmiededen, besonders bei Keilenschmiededen, bei Schlossern usw. Allerdings wissen wir noch nicht genau, welche allgemeine und örtliche Besonderheiten bewirken, daß die gleichen Lärmeinwirkungen bei den einzelnen Arbeitern in verschiedener Weise sich auswirken, die einen verspüren gar nichts, die anderen bekommen recht störendes Ohrgeräusch, die dritten werden schwerhörig, zum Teil bis zur Ertaubung, die einen ganz langsam, die anderen rapid. Hier kommen wohl einerseits konstitutionelle Faktoren, andererseits örtliche Eigentümlichkeiten des Gehörorgans in Frage. — Dazu kommt noch ein besonderes Problem, nämlich das der Vibrationen, der gleichzeitigen Erschütterungen des Körpers, der Überleitung des Schalls nicht nur auf dem Luftwege, sondern durch die Knochenleitung. Ich erinnere z. B. an den Keilenschmied, der im oder auf dem Kessel steht wo jeder Schlag auf

die Kesselwand ein Mitschwingen des ganzen Körpers verursacht; oder an den Hammerschmied, bei dem mit dem Aufschlagen des schweren Hammers der Arm und damit der ganze Körper erschüttert wird. Ganz besondere Bedeutung haben diese Vibrationen erfahren bei den Arbeitern mit den modernen Preßluftwerkzeugen, wo lebhaftere Erschütterungen und Lärm zusammenkommen; wir werden darüber später noch besonders sprechen.

Was können wir tun, um diese schlimmen Auswirkungen der Lärmarbeit zu verhüten? — Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß wir auch hier noch manche wissenschaftliche Lücken auszufüllen haben; es hat sich vor wenigen Monaten eine Sonderkommission zur Erforschung der Lärm- und Vibrationsschäden gebildet. Nach unserer heutigen Auffassung ist es kein unabwendbares Geschick, daß jeder Lärmarbeiter vertauben muß. Jedenfalls kommt es zunächst einmal darauf an, die beginnenden Lärm- und Vibrationsschäden rechtzeitig festzustellen, dann den weiteren Verlauf fortlaufend zu beobachten und bei wahrnehmbarer Verschlimmerung einen Arbeits- oder evtl. Berufswechsel zu veranlassen. Sodann kommen die besonderen Schutzmaßnahmen in Betracht, die aber gerade für die Metallindustrie noch recht ungenügend sind: Wattepfropfen im Gehörgang, die evtl. mit flüssigem Paraffin benetzt sind, Anbringung von Schalldämpfern an Hämmern, Auflegen der Arbeitsstücke, Kessel usw. auf schalldämpfende Unterlagen (Strohmatte, Eisenfilz- oder Korkplatten usw.), ebenso Isolierung des inneren oder auf dem Kessel stehenden Arbeiters durch dergleichen Unterlagen, durch Strohschuhe, Filzschuhe und dergleichen mehr. Lärmende oder schwingende Maschinen müssen gut isoliert sein durch Luftschlitz im Boden, Isolierplatten, Schwingungsdämpfer und dergl. Ich bin mir wohl bewußt, daß alle diese Maßnahmen in der Praxis noch keinen völlig wirksamen Schutz bedeuten; immerhin dürfen wir nicht darauf verzichten. Manchmal lassen sich lärmende Maschinen durch geräuschloser arbeitende ersetzen (z. B. Schmiedehämmer durch Pressen). Es muß aber auch der einzelne Arbeiter trachten, jeden unnötigen Lärm zu vermeiden, z. B. durch ruhiges Hinlegen eines Stückes, statt hinzuerwerfen usw.

Was die schon erwähnten Preßluftwerkzeuge betrifft, so wissen wir heute, daß für ihre Bedienung die persönliche Körperverfassung eine körperliche und nervöse Ermüdung geltend macht, so daß sie diese Zeit ohne Beschwerden, während sich bei anderen schon nach kurzer Zeit eine körperliche und nervöse Uebermüdung geltend macht, so daß sie diese Arbeit gar bald einstellen müssen. Im einzelnen wäre noch zu sagen, daß in zwei Fällen Gelenkdeformierungen (in der Schulter) betrachtet wurden, daß örtliche Abmüdigungserscheinungen in den haltenden Muskelgruppen und den zugehörigen Nerven auftreten können. Daß auch das Gehör in Mitleidenschaft gezogen werden kann, habe ich bereits angedeutet. Einen wirksamen Schutz gibt es wohl nicht; besonders empfindliche Individuen müssen eben rechtzeitig derartige Arbeiten einstellen. — Ich darf in diesem Zusammenhange mitteilen, daß sowohl die beruflichen Lärm- und Vibrationsschäden als auch bestimmte Folgen der Arbeit mit Preßluftwerkzeugen in die Liste der zu entschädigenden Berufskrankheiten aufgenommen werden.

Wir gehen zu einem weiteren, praktisch sehr wichtigen Abschnitt über, zu den klimatischen Einwirkungen, unter welchen wir die kombinierten Wirkungen von Temperatur, Feuchtigkeit und Luftbewegung verstehen. Durch die Lebensvorgänge im Körper (Nahrungsumsatz, Arbeit) wird ständig Wärme erzeugt, welche in der normalen Eigentemperatur des menschlichen Körpers von etwa 37,5 Grad Celsius in Erscheinung tritt. Diese im Körper fortwährend gebildeten Wärmemengen müssen aber fortlaufend wieder abgestoßen bzw. ausgeglichen werden, da sonst eine Ueberwärmung bzw. eine Wärmestauung im Körper stattfinden würde. Wir können dem schon willkürlich vorbeugen durch Aenderung der Kleidung, Ernährung, Arbeitsleistung, die wir je nach dem herrschenden Klima ändern; in der Hauptsache findet jedoch die physiologische Temperaturregulierung unbewußt statt, einerseits durch Wärmeabstrahlung, indem wir von den Lungen (durch Atmungsluft) und von der Haut aus ständig Wärme abgeben (in der Haut sind Wärme- und Kältepunkte verteilt, welche über das Wärmeregulierungszentrum eine Erweiterung der Hautgefäße mit Wärmeabstrahlung oder eine Verengung der Hautgefäße mit Wärmezurückhaltung bewirken) — andererseits durch Wasserverdunstung, indem von der Lunge Wasserdampf abgegeben wird, insbesondere aber durch die Schweißverdunstung der Haut (bei mittlerer Temperatur und relativer Ruhe gibt die Haut des Erwachsenen in 24 Stunden etwa 1 Liter Schweiß in Form von Wasserdampf ab! Da die Verdunstung von 1 Liter Schweiß imstande ist, 600 Wärme-Einheiten zu vernichten, so wird daraus große physiologische Bedeutung des Schweißes sinnfällig. Aber nur der direkt von der Haut abdampfende Schweiß hat eine derartige Kühlwirkung, nicht der abtropfende.) Die genannten Faktoren der physiologischen Wärmeregulierung des Körpers, nämlich Wärmeabstrahlung und Wasserverdunstung, können aber nur dann richtig funktionieren, wenn die klimatischen Umweltbedingungen, d. h. hier Temperatur, Feuchtigkeit und Luftbewegung des Arbeitsplatzes entsprechend sind. In gewissem Umfange gleicht sich der Organismus diesen Umweltbedingungen an; er gewöhnt sich an dieselben. Haben wir aber hier sehr abnorme klimatische Verhältnisse, so kommt es zu Störungen der Wärmeregulierung oder zu sonstigen krankhaften Erscheinungen. Gerade in der Metallindustrie begegnen wir vielfach derartigen abnormen klimatischen Verhältnissen, insbesondere einer übermäßigen strahlenden bzw. geleiteten Hitze, allgemein erhöhten Raumtemperaturen und Temperaturschwankungen.

Auf die Wirkungen abnormer Hitze, der strahlenden und geleiteten Wärme auf den Körper brauche ich nur ganz flüchtig hinzuweisen. Die Folgen der Wärmestrahlung kennen wir ja alle als Hautentzündungen, Verbrennungen oder — bei besonderen Einwirkungen auf das Gehirn — als Sonnenstich, der auch durch künstliche Hitzequellen erzeugt werden kann. Ebenso sind uns die Folgen der Wärme



An das Saarland

Friedrich Thamerus

O Heimat, mein Saarland, du ferndeutsches Land,
 Du Grenzmark, so oft schon vom Schicksal gebannt.
 Und immer doch wieder mit heiliger Blut
 Dem Deutschen gerettet, wie bin ich dir gut.

Wie rauscht doch dein Wald und dein Fluß mir so traut,
 Wie hat sich die Arbeit hier Hütten gebaut.
 Wie halten hier fleißige Hände im Schacht,
 Bei Rädern und Esse treudeutsche Wacht.

Laß kommen und gehen die Wogen der Zeit,
 Laß rasten das Glück, oder lasten das Leid.
 Bleib fleißig, bleib wachsam, bleib treu nur und wahr,
 Bleib deutsch nur, o Heimat, du Land an der Saar.

Überleitung von heißen Gegenständen bekannt in Form von Verbrennungen von denen besonders die Fußverbrennungen für Sie von Interesse sind. Entsprechende Schutzkleidung, Anbringung von Hitzeblenden oder Gittern, Tragen von Hitzeschleiers u. s. w. vermag hier manchen Schaden zu verhüten. Besonders Interesse hat die Fußbekleidung der Hieser; sie muß einerseits genügend stabil sein, um einen richtigen Halt zu geben, andererseits aber leicht abstreifbar sein, wenn evtl. glühendes Metall auffällt. Im allgemeinen werden wohl mit Riemen befestigte, nicht zu schwere Holzschuhe und leicht abstreifbare Ledergamaschen als zweckmäßiger Schutz gegen Fußverbrennungen verwendet.

Die allgemeine Erhöhung der Raumtemperatur, besonders bei mangelhafter Luftbewegung und höherer Luftfeuchtigkeit verhindert eine ausreichende Wärmeabgabe des Körpers nach außen und führt so zur „Wärmestauung“ im Körper. Die Auswirkungen sind in den leichtesten Formen Nabelschmerzen und Ohnmacht, in den schwereren Formen (Herzkrämpfe) hauptsächlich infolge Salzverarmung des Körpers bei übermäßigem Schwitzen. Endlich kennen wir auch allgemeine schleichende Hitzeschädigungen, die einhergehen mit Abnahme der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, körperlichem Unbehagen, gesteigerter Ermüdbarkeit, Appetitlosigkeit, Abmagerung, Schlaflosigkeit, leichter Blutarmut, Beschleunigung von Atmung und Herzstätigkeit usw. Als Abhilfemaßnahmen sind hier zu nennen: entsprechend leichte Kleidung, hohe luftige Arbeitsräume, Einblasen von kühler Luft an die Arbeitsplätze, Anbringung von Ventilatoren, welche einen künstlichen Luftzug erzeugen, Bereitstellung von kühlen, alkoholfreien Getränken, von Wasserhähnen oder Duschen, um Kopf, Nacken und Arme zu kühlen.

Schließlich gehören hierher auch die Folgen allzu schroffen Temperaturschwankungen, nämlich die sogenannten Erkältungskrankheiten: Katarrhe der oberflächlichen Schleimhäute, Lungen- und Ripperfellentzündungen, Neuralgien und Rheumatismus usw. Hier kommt der persönlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, körperlichem Unbehagen, gesteigerter Wechsel der feuchten Wäsche Vermeidung von kaltem Trunk, endlich Abhärtung des Körpers durch kalte Waschungen, Bewegung in frischer Luft, Baden und Schwimmen in der Freizeit u. dgl. — Schließlich müssen in diesem Zusammenhange auch die bei Hiesarbeitern nicht selten zu beobachtenden Magendarm-Erörungen erwähnt werden, meist die Folge allzureichlicher kalter Flüssigkeitsmengen und unzureichender Ernährung.

Wir gehen zu einem neuen Abschnitt über und kommen zur Staubfrage, die ja auch für die Metallindustrie Bedeutung hat. Zunächst verurteilt die Aufbereitung des Formandes (Zerkleinern, Sieben) in den Gießereien meist erheblichen Staub, er besteht aus Sand- und Kohlenpartikeln; eine weitere Staubquelle entsteht beim Gussspußen, hier haben wir, soweit das Putzen von Hand mit Hammer und Meißel erfolgt, Reste des Formandes und Metallpartikelchen, falls das Sandstrahlgebläse verwendet wird, außerdem u. a. noch feinen Quarzstaub. Besondere Beachtung verdient weiterhin der Schleistaub (Metall- und Mineralstaub) beim Trocken- und Naßschleifen, sodann der Feinstaub an den Polierscheiben. Schließlich können noch verschiedene Hilfsmittel Putzmittel und dergl. gelegentlich verstauben. — Was zunächst die Staubmengen betrifft, so nehmen wir heute eine Menge von 25—50 Milligramm Staub in 1 Kubikmeter Luft als ertraglich bzw. noch zulässig hin, bezeichnen dagegen Werte über 100 Milligramm Staub in 1 Kubikmeter Luft als unzulässig bzw. gesundheitschädlich. Neuere Messungen (Groboese) haben aber z. B. in einer Großpuszerei 118,2, in einer Kleinpuzerei am Sandstrahlgebläse 453,9, sonst im Mittel 30—70 Milligramm Staub per Kubikmeter Luft ergeben. Glücklicherweise wird ja nicht alles in der Atmungsluft vorhandene Staub tatsächlich auch eingeatmet, d. h. etwa die Hälfte wird ja schon in den obersten Luftwegen in Nase und Rachen abgefangen, ein Teil wird verschluckt ein anderer Teil durch Husten und Niesern entfernt, so daß schließlich nur etwa 10—15 Prozent des Luftstaubes tatsächlich in die Tiefe der Lungen gelangen, und zwar sind das nur die kleinsten Staubteilchen von etwa fünf Tausendstel Millimeter Größe und darunter. Schließlich vermag auch noch die Lunge selbst sich von den eingeatmeten Staubteilchen zu reinigen durch Vermittlung der

sogenannten „Staubzellen“, welche sich von der Lungenwand usw. absondern freibeweglich werden, die kleinen Staubteilchen auffressen und abtransportieren. Allerdings verhalten sich in dieser Hinsicht die verschiedenen Staubarten verschieden. Während wir früher bei der hygienischen Beurteilung der verschiedenen Staubarten das morphologische Verhalten — ob runderlich-alatt oder zackig-risig — in den Vordergrund rückten, wissen wir heute, daß hauptsächlich die chemisch-physikalische Beschaffenheit ausschlaggebend ist, nämlich ob kolloidal oder kristallisch bzw. Kieselsäurehaltig. Die kolloidalen Staubteilchen werden prompt von den Staubzellen aufgenommen und fortgeführt, die kristallinen Teilchen dagegen bleiben liegen, sammeln sich im Lungenewebe an, rufen chronische Entzündungsercheinungen hervor und erzeugen so die sogenannte Staublunge, die an sich schon zu Krankheit und Invalidität führen kann, vielfach aber noch mit Tuberkulose kombiniert wird. Derartig bedenklichen, Kieselsäurehaltigen also gefährlichen Staub haben wir z. B. im Formsand, besonders aber beim Sandstrahlgebläse und beim Schleifen am Stein — während Graphitstaub bzw. Kohlenpulver relativ harmlos sind.

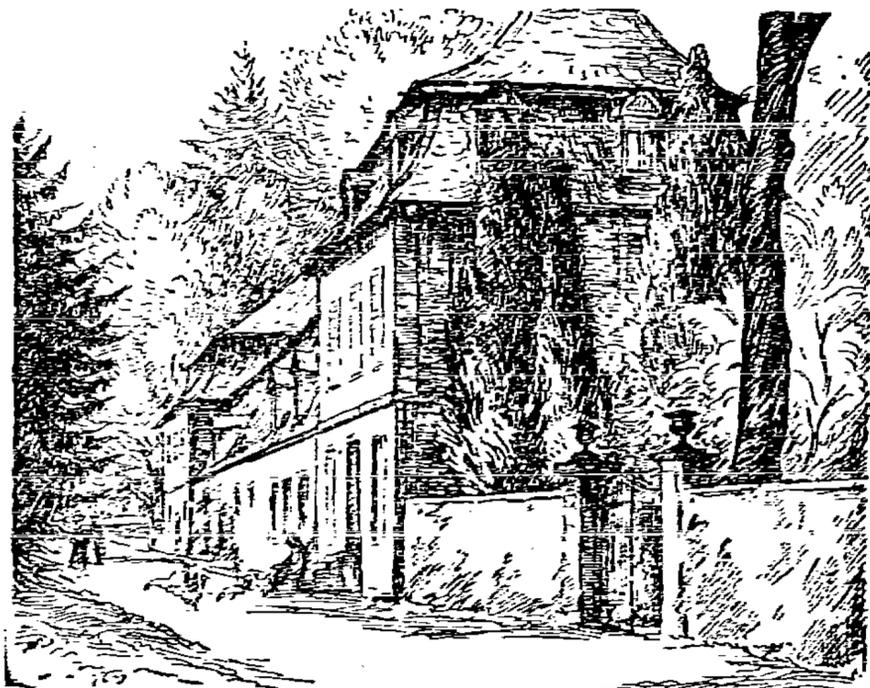
Ich möchte besonders im Hinblick auf die beschränkte Zeit auf Einzelheiten hier nicht weiter eingehen. Die üblen Zustände, die z. B. früher in der Solinger (und Sheffelder) Schleiferei herrschten, sind Ihnen wohl noch in Erinnerung; glücklicherweise sind sie dank unserer hygienischen Maßnahmen in der Neuzeit wesentlich günstiger geworden. Immerhin kommen Staublungen charakteristischen Gepräges auch heute noch in erheblichem Umfange vor; Teleky hat z. B. die Solinger Schleifer klinisch-röntgenologisch untersucht und besonders bei den Naßschleifern schwere Formen von Staublungen gefunden; ich selbst bin z. Z. mit diesen bezüglichen Untersuchungen bei Metallschleifern beschäftigt, dieselben sind zwar noch nicht abgeschlossen, lassen aber gleichwohl heute schon gewisse Schlüsse über das Vorkommen dieser Staubschädigung zu.

Der Staubchutz ist daher heute noch eine wichtige Frage für jeden Arbeiter. Die wichtigsten Richtlinien hierfür sind: Hermetischer Abschluß bzw. Abtrennung der Staubquellen von den übrigen Arbeitsplätzen, am zweckmäßigsten künstliche Abaugung durch Exhaustoren, an welche alle Staubquellen (Formsandaufbereitung, Gussspuße und Sandstrahlgebläse, Schleif- und Polierscheiben und dergl.) angeschlossen werden. Eine ausgezeichnete Art des Gussspußens besonders an großen Stücken sah ich jüngst in einem süddeutschen Großbetrieb, nämlich unter Verwendung des Dregwasserstrahls (bis zu 40 Atmosphären Druck). Das Gusstück befand sich dabei auf einem Drehtisch inmitten einer Stahlkammer, die von außen durch Reflektoren beleuchtet ist. Der das Druckwasserrohr bedienende Mann steht außerhalb und hat nur den Wasserstrahl und den elektrisch bewegten Drehtisch zu dirigieren. Hygienisch-technisch ist das Verfahren vollkommen befriedigend; wirtschaftlich bedenklich ist nur, daß ein Mann die Arbeit von je 10—15 Mann leisten kann, die dadurch entbehrlich werden. — Uebrigens sollen bei Staubarbeit nur gesunde und widerstandsfähige Leute mit freier Nasenatmung im Wechsel beschäftigt werden, während Leute mit Mundatmung, mit Krankheiten der Luftwege, ferner Jugendliche und Frauen fernzuhalten sind. Schutzkleider, genügende Waschgelegenheit, sind zur Verfügung zu stellen. Von großer Bedeutung ist die Bewegung in frischer Luft nach Arbeitschluß ferner fleißiges Baden und Abhärtung, wodurch die Selbstreinigung der Lungen von Staub unterstützt wird und die körperliche Widerstandskraft wesentlich erhöht wird. Ähnliche Vorschläge enthält auch das vom Gesundheitsamt herausgegebene „Schleifermerkblatt“.

Zur Frage der Respiratoren sei bemerkt, daß sie nur einen Nothelfer bei kurzdauernder Staubarbeit darstellen können, zumal viele Modelle nicht den vorauszusetzenden Anforderungen entsprechen; die Bedingungen wären: leichtes Gewicht, guter Anschluß an das Gesicht ohne übermäßige Wärmestauung, möglichst geringer Atemwiderstand bei genügender Dichte des Filters, einfachste Konstruktion und Billigkeit. Natürlich müßte jeder Arbeiter seinen eigenen Respirator haben. Wir können infolge der vielen Unbequemlichkeiten das Tragen eines Respirators also nur für kurze Zeit verlangen, nicht aber für ständig. Wenn es einigermaßen technisch durchführbar ist, müssen wir mechanische Staubabsaugung oder anderweitigen technischen Staubchutz verlangen.

Für Metallhütten kommt auch die elektrostatische Entstaubung in Frage. Bei diesem Cottrell-Möller-Verfahren passiert die staubbeladene Luft ein elektrisches Feld zwischen zwei gegenpoligen Elektroden. Die eine mit hochgeladentem Gleichstrom (50 000—75 000 Volt) gespeiste „Sprühelektrode“ verläuft als Draht in der Mitte des Feldes, die andere sogenannte „Niederlagelektrode“ ist geerdet und umfaßt als Platte oder Röhre das „Feld“. Die passierenden Staubpartikelchen werden infolge Ionisation von der Sprühelektrode abgestoßen und gegen die Niederlagelektrode geschleudert, von welcher sie nach unten in Sammelgefäße abfallen oder abgeklopft werden. Außer der „Ionisation“ der Staubteilchen kommt nach neuesten wissenschaftlichen Feststellungen hierbei auch der von der Sprühelektrode ausgehende „elektrische Wind“ zur Wirkung, der die Staubteilchen mit 40—50 Meter Sekundengeschwindigkeit fortreibt.

Im Hinblick auf die evtl. zu erwartenden Dauerschädigungen durch Staubarbeit ist nunmehr in Aussicht genommen, dieselben in die Liste der melde- bzw. entschädigungspflichtigen gewerblichen Berufskrankheiten aufzunehmen. Die wohl im Laufe des nächsten Winters zu erwartende Novelle zur VO. vom 12. 5. 1925 betr. Gleichstellung der gewerblichen Berufskrankheiten mit den Unfällen wird vermutlich eine Ergänzung bringen, wonach u. a. auch den Unfällen gleichgestellt werden: „fortgeschrittene Fälle von Staublungen ohne und mit Ebc. bei Gussspußen, Sandstrahlgebläsearbeiten, Metallschleifern etc. Wir erwarten von dieser Ergänzung nicht nur eine Rentengewährung bei Krankheit und Invalidität bzw. Tod, sondern insbesondere eine wesentliche Förderung der Pro-



Gutenbrunn im Bliestal

phylaxe, d. h. der vorbeugenden Maßnahmen: ärztliche Aufnahme- und periodische Zwischenuntersuchung dieser Arbeitergruppen durch fachkundige Ärzte, insbesondere aber technisch-hygienische Verbesserungen in den Betrieben, nachdem nunmehr die Berufsgenossenschaften selbst aus finanziellen Gründen daran lebhaft interessiert sind. Natürlich interessiert in diesem Zusammenhange auch die spez. Lungenerkrankung nach Thomas-Schlackeustaub-Einatmung. Die Einzelheiten sind Ihnen wohl bekannt. Auch diese Gewerbekrankheit wird in der Liste der zu entschädigenden Gewerbekrankheiten aufgenommen werden. Damit wollen wir die „Staubfrage“ abschließen.

Ein weiteres, wichtiges und interessantes Kapitel ist das der gewerblichen Gifte, das wir als letztes noch streifen müssen. Im Hinblick auf die begrenzte Zeit sind natürlich nur kurze Hinweise auf einige wichtige Punkte möglich.

Auch heute noch spielt das Blei als Gewerbegift weitaus die wichtigste Rolle; 80—90 Prozent aller gemeldeten Vergiftungen sind Bleivergiftungen. Die Metallindustrie ist dabei nicht unbedeutend beteiligt; abgesehen von der spezifischen Gefährdung der Blei- und Zinkhüttenarbeiter begegnen wir Vergiftungsmöglichkeiten durch Verwendung von bleihaltigem Sand (im Sandstrahlgebläse), durch Schmelzen und Gießen von Blei, durch bleihaltige Dichtungsmittel, z. B. Mennigepast; wodurch wiederholt Nieter, Schlosser etc. erkrankten, durch Homogenverbleien im Apparatebau, durch Bleibacken und Bleiunterlagen, durch Bleimaille in Ofenfabriken durch Bleibad zum Härten, durch Verwendung von bleihaltigen Farben etc. Besonders gefährlich ist nach unseren heutigen Erkenntnissen die Einatmung von Bleistaub bzw. von Bleinebeln. Letztere besonders beim Homogenverbleien mit der Gebläseflamme entstehend.

Auf das Krankheitsbild der Bleivergiftung möchte ich nicht eingehen. Sie wissen übrigens daß die gewerbliche Bleivergiftung den Unfällen gleichgestellt ist und entsprechend entschädigt wird, falls Dauerstörungen zurückbleiben. Ich bitte aber diesen Nachsatz beachten zu wollen; eine durchgemachte Bleikolik z. B. zieht keineswegs von vornherein schon einen Entschädigungsanspruch nach sich, sondern heilt meist völlig aus. Erst Rückfälle oder jahrzehntelange Bleiarbeit können unter Umständen Dauer-schäden mit sich bringen.

Für uns hat besonderes Interesse die Verhütung. Hier ist das beste Mittel peinliche Reinlichkeit; sorgfältiges Waschen von Händen und Gesicht (Bart), Reinigung der Nase- und Mundhöhle vor der Nahrungsaufnahme, Tragen von Arbeitskleidern, Baden etc. Zweckmäßig ist die Verwendung sogenannter bleibindender Waschmittel, welche infolge ihres Schwefelgehalts auf der Haut das schwerlösliche schwärzliche Schwefelblei bilden; letzteres zeigt an, wo noch Blau auf der Haut sitzt, von welcher es dann durch energisches Bürsten entfernt werden muß. Besondere Beachtung ist — wie bereits erwähnt — dem Bleistaub bzw. den Bleinebeln zu schenken, da die Aufnahme derselben durch die Lungen besonders rasch zur Vergiftung führt. Man hört in der Praxis gelegentlich von Vorbeugung durch Verabreichung von Schwefelpillen, Schwefelwässern u. dgl. m. Dies ist aber zwecklos und daher zu vermeiden; es wird hierdurch bei den Arbeitern nur ein unberechtigtes Sicherheitsgefühl erzeugt auf Kosten der Reinlichkeit und der Staubverhütung. Auch die häufig gepflogene Verabreichung von Milch ist als direkter Bleischutz kaum wirksam; wir begrüßen sie jedoch als ein Stärkungsmittel und insbesondere als Gegenmittel gegen den für Bleiarbeiter doppelt gefährlichen Alkohol. — Bei den ersten Zeichen von Krankheitsercheinungen ist die Bleiarbeit sofort auszusetzen und der Arzt zu konsultieren.

Vergiftungen durch Zink bzw. Zinkoxyd liegen dem sogenannten „Gießfieber“ zugrunde; wir verstehen darunter das nach dem Messingguß, aber auch gelegentlich beim Schweißen von verzinkten Gegenständen, besonders bei Anfängern auftretende Krankheitsbild: Mattigkeit und Abgeschlagenheit, leichte Temperatursteigerung, z. T. leichte bronchitische Reizerscheinungen, Beklemmung, Atemnot. Der Zustand pflegt nach 12 bis 24 Stunden unter starkem Schweißausbruch abzulaufen. Die Ursache ist die Einatmung der Zinkdämpfe, bzw. des sich daraus an der Luft sogleich bildenden feinsten Zinkoxyd-Staubes, welcher direkt oder indirekt diese Krankheitsercheinungen verursacht. Als Vorbeugung kommt die Abführung der Zinkdämpfe, reichliche Lüftung, hohe Arbeitsräume evtl. Tragen von Atemschützern in Betracht.

Quecksilber-Vergiftungen können beim Feuervergolden oder -versilbern entstehen. Arsenvergiftungen bzw. Arsenwasserstoffvergiftungen bei metallurgischen Prozessen, beim Auslaugen von Erzen, beim Beizen mit As-haltigen Säuren und dergleichen. Phosphor-Vergiftungen wurden gelegentlich bei Herstellung von Phosphorbronze beobachtet. Alle drei Vergiftungsformen berechtigen zu Entschädigungsansprüchen, wenn Dauerschädigungen zurückbleiben.

Bei Verwendung von Nickelsalzen (Nickelorydul) beim galvanischen Vernickeln findet sich häufig die sogenannte Nickelkrätze, ein spezifischer Hautauschlag an den Händen; unter lebhaftem Juckreiz entstehen knötchenförmige Rötungen an den Fingerringen, am Handgelenke und so weiter die sich zu nässenden Geschwürcen umwandeln. Eine Weiterverbreitung auf den übrigen Körper ist möglich. Eine persönliche Empfindlichkeit ist zweifellos vorhanden, da nur bestimmte Arbeiter erkranken. Begünstigt wird das Leiden durch vorherige Reizung der Haut mittels anderweitiger Chemikalien: Petroleum, Benzin, Wiener Kalk usw. Zweck der Vorbeugung ist peinliches Abtrocknen der nassen Hände und Einsetzen mit Zinksalbe, Hyrolin u. dgl. nötig; disponierte Personen sind dauernd vom Vernickeln zu entfernen.

Einige Worte verdienen die verschiedenen Säuren, die in der Metallindustrie Verwendung finden: Salzsäure zum Beizen, als Lötlösung, Schwefelsäure zum Beizen, Salpetersäure zum Gelbbrennen, Azogen usw., Chromsäure und Essigsäure zum Beizen und dergleichen mehr.

Wenn auch genannten Säuren meist nur in verdünntem Zustande verwendet werden, so können dadurch doch gelegentlich Reizerscheinungen der Schleimhäute, Auzgeschwüre, Entkalkung der Zahnschmelze mit folgender Zahnkaries u. dergl. hervorgerufen werden. Prophylaktisch kämen hier in Betracht — abgesehen von entsprechender Vorsicht Arbeitskleider und Handschuhe, Reinlichkeit, Arbeiten unter Abzügen, Mundspülungen mit 2prozentiger Soda- oder Boraxlösung; Arbeiter mit Krankheiten der Luftwege sollen mit Säuren nicht beschäftigt werden. — Eine besondere Bedeutung beanspruchen die nitrosen Gase, d. h. die schweren rotbraunen Dämpfe, die beim Gelbbrennen oder Metallätzen mit Salpetersäure auftreten. Sie machen schwere, unter Umständen tödliche Erkrankungen der Lungen (Lungenödem); dabei ist charakteristisch, daß meist eine mehrstündige, beschwerdefreie Latenzzeit zwischen Gaseinatmung und Krankheitsbeginn besteht. Als vorbeugende Maßnahmen kommen hierbei in Betracht: Belehrung der betreffenden Arbeiter, Ablaugung der Gase an der Entstehungsquelle bzw. Vornahme derartiger Arbeiten unter Abzügen. Bei beginnender Erkrankung sofort Ueberführung in ein Krankenhaus dort Sauerstoffeinatmung u. a. m.

Besonderes Interesse für die Metallarbeiter verschiedener Branchen hat das Kohlenoxyd, welches in den Rauchgasen, insbesondere in den Gichtgasen der Hochofen, mit enthalten ist. Es entsteht ferner bei Verwendung offener Koksöfen zum Formentrocknen, beim Gießen durch Verbrennung des eingestäubten Graphits; es bildet den Hauptanteil der Auspuffgase der Motoren usw.

Während die akute Vergiftung seit Urzeiten genau bekannt ist, wird die Möglichkeit einer chronischen Kohlenoxydschädigung von manchen Autoren auch heute noch bestritten. Ich glaube daher doch, daß die bei gewissen Arbeitergruppen, die sich in einer CO-haltigen Atmosphäre aufhalten, gelegentlich zu beobachtenden Gesundheitsstörungen, wie häufige Kopfschmerzen, Schwindel, Uebelkeit, Gedächtnisschwäche, Blutarmut, Empfindlichkeit gegen verschiedene Erkrankungen usw. als Zeichen einer chronischen Kohlenoxydvergiftung angesprochen werden müssen, um so mehr, als dabei gelegentlich auch CO im Blute nachgewiesen wurde. — Auch die chronische Kohlenoxydvergiftung wird voraussichtlich in die neue Liste der zu entschädigenden gewerblichen Berufskrankheiten aufgenommen werden.

Ähnlich wirkt das Nickelkohlenoxyd, welches in Nickelwerken bei der Herstellung des Metalls entstehen kann.

Gelegentlich kann auch das neuerdings zum Lötten usw. viel verwendete Azetylen Gesundheitsstörungen hervorrufen, besonders, wenn es aus unreinem Karbid entwickelt wurde. Dabei können unter Umständen Arsenwasserstoff und Phosphorwasserstoff auftreten. Bei Verwendung einer ungeeigneten Reinigungsmaße wurde die Entwicklung von sehr giftigen organischen Chlorverbindungen beobachtet. — Acrolein in Form reizender Gase kann bei Erhitzen von Fett in der Verzinkerei zu Keitzkatarrhen der Schleimhäute Veranlassung geben; ich beobachtete jüngst sogar zwei schwere Lungenentzündungen mit einem Todesfall durch Acrolein-Dämpfe bei zwei Schweißern die in einem Deltank mit der Gebläseflamme zu arbeiten hatten. Schließlich wäre daran zu erinnern, daß bei Installateuren, Bleilöttern, Kesselschmiedern usw. gelegentlich Vergiftungserscheinungen auftreten bei Reparaturen bzw. Bearbeitung schon gebrauchter Werkstücke durch anhaftende Reste der verschiedensten chemischen Körper bzw. Gifte.

Wo in einem Betriebe derartige Gase entstehen, sind sie möglichst direkt abzusaugen bzw. durch Dunsttrichter abzuleiten. Arbeiten in Kesseln, Tankwagen usw. dürfen erst dann vorgenommen werden, wenn dieselben vorher gründlich gereinigt sind; dabei ist eine ständige Kontrolle durch einen außen befindlichen Beobachter nötig. Die Arbeitsräume sollen möglichst hoch und luftig und mit entsprechenden Ventilations-einrichtungen versehen sein. Wo die Vergiftungsgefahr eine erhöhte ist, müssen Sauerstoffapparate bereitgehalten werden.

Im Anschluß hieran sei noch der Cyanverbindungen, kurz C, gedacht, die zum galvanischen Vergolden verwendet werden. Chronische Vergiftung durch Blausäuredämpfe wurde dabei beobachtet. — Ferner kamen beim „Härten“ in geschmolzenem gelben Blutlaugensalz oder



Hügellandschaft bei St. Wendel

Cyankali Blausäure-Vergiftungen vor. Besondere Vorsicht ist hier geboten.

Schließlich muß noch das als Metall-Entfettungsmittel viel verwendete Trichloräthylen erwähnt werden.

Es ist chemisch dem Chloroform verwandt und hat auch ähnliche physiologische Wirkungen: Rausch und Narke. Da es nicht unangenehm riecht, wurde es von manchen, besonders jüngeren Leuten, absichtlich eingeatmet (aufs Taschentuch gegossen), um so einen Rauschzustand zu erzeugen; wir kennen sogar „Tri-Süchtige“. In letzter Zeit wurden mehrere Fälle mitgeteilt, wo nach längerer Einatmung von warmen Tri-Dämpfen eine schwere Schädigung der Echnerven eintrat, die zur Erblindung führte. Diese schweren Schädigungen lassen sich aber völlig vermeiden bei Verwendung geschlossener Apparaturen zum Entfetten; ausgezeichnet wirken auch die von der das Tri selbst herstellenden Firma konstruierten offenen Apparate, in welchen das warme Tri-Bad von einem Schleier kühler Luft abgeschlossen ist, welche durch ein oberhalb des Bades ringsum verlaufendes Siebrohr mittels Ventilators eingeblasen wird.

Soviel über Giftschädigungen in großen Umrissen; Einzelheiten gäbe es ja noch genug zu berichten; sie würden aber unser heutiges Referat zu sehr ausdehnen.

Wenn wir nunmehr abschließend das Gesagte nochmals kurz überfliegen, so haben wir trotz aller Beschränkung doch eine stattliche Reihe von beruflichen Schädigungsmöglichkeiten kennen gelernt, welche in den verschiedenen Gruppen der Metallindustrie gelegentlich einmal zu Wirkung gelangen können. Ich sage „können“ — nicht „müssen“; denn die gewerblichen Berufskrankheiten gehören in ihrer größeren Masse zu den vermeidbaren Krankheitsgruppen. Wir können sogar mit Betonung sagen, daß wir dank unserer wissenschaftlichen Erkenntnisse und gestützt auf technisch-hygienische Einrichtungen und gesetzliche Schutzverordnungen heute auch an sich gefährliche Arbeitsvorgänge auszuführen imstande sind, ohne eine Gesundheitsgefährdung dabei riskieren zu müssen. Wenn trotzdem immer wieder mehr oder minder schwere berufliche Schäden eintreten, so liegt dies an den menschlichen Unzulänglichkeiten, an mangelhaftem Verständnis, an ungenügenden Betriebseinrichtungen, Unachtsamkeit usw. Unser ständiges Ziel muß es sein, durch Belehrung in den Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber das Verständnis für die vorliegenden Probleme zu steigern, die hygienische Ausgestaltung der Arbeitsräume und

Betriebseinrichtungen zu fördern, die richtige Arbeiterauslese zu treffen. „Hygiene“ ist heute kein Passivposten mehr in der Wirtschaft, vielmehr ein sehr wesentliches Aktivum, welches mit der Leistungsfähigkeit und mit dem Gedeihen des Betriebes untrennbar verbunden ist. Das wissen heute auch die Arbeitgeber, und soweit sie das nicht wissen sollten, sagen wir es ihnen mit allem Nachdruck. Eine Selbstverständlichkeit muß es aber auch sein, daß die interessierten Arbeitergruppen ebenfalls mit Kopf und Herz an diesen Fragen mitarbeiten, die Arbeiterorganisationen, die Betriebsräte und jeder einzelne Mann. Wir Wissenschaftler werden jederzeit unsere Mitarbeit selbstlos zur Verfügung stellen. Dies gilt ganz besonders für die Gewerbeärzte, deren Lebensaufgabe es ist, die Probleme der Arbeitsmedizin zu studieren und die entsprechenden Folgerungen für die hygienische Gestaltung der praktischen Arbeit abzuleiten. Leider ist der gewerbeärztliche Dienst in Deutschland bisher noch nicht derart ausgebaut und organisiert, daß er allen Anforderungen gerecht werden kann. Jedenfalls ist ein enges, vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Wissenschaft und Praxis notwendig und erfolgversprechend, im Interesse jedes einzelnen arbeitswilligen Individuums, aber auch im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens.

Stärkster und lebhaftester Beifall dankte dem Herrn Referenten für seine geradezu vorbildlichen Ausführungen.

Kollege Mauer (Duisburg), Dezernent für Arbeitsrecht an unserer Zentrale, der schon manche schwierige Sache auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und der Gewerbekrankheiten durchgekämpft hat, gab anschließend eine ganze Reihe sehr wichtiger Forderungen allgemeinen und speziellen Inhaltes bekannt, die auch für die Metallarbeiterschaft und für die Fortführung der Gewerbehygiene von großer Bedeutung sind. Vor allem forderte er einen besseren strafrechtlichen Schutz der Arbeitskraft. Bei der Wichtigkeit dieser Frage werden wir an anderer Stelle ausführlich dazu Stellung nehmen.

Megner (Amberg) besprach die Wünsche und Forderungen der Hochofenarbeiter und führte markante Fülle aus der Praxis an, die einer Abänderung dringend bedürfen.

Der dritte Verhandlungstag

Am Mittwochmorgen, 19. September, sprach zunächst
Verbandssekretär Kreil, M. d. R. W. R.

über

Das Arbeitsschutzgesetz und unsere Forderungen

Es ist eine der vornehmsten Pflichten des Staates, den schwächeren Schichten des Volkes seinen Schutz zu bieten und den sozialen Fortschritt zu fördern. Dies ist für die Arbeiter eine Selbstverständlichkeit, nicht aber für die Unternehmer. Diese sehen darin einen Verstoß gegen die Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit. Diese Einwände der Unternehmerschaft sind weder sachlich berechtigt noch in deren eigenem Verhalten begründet. Zünfte, Kartelle, Zölle usw. verstoßen auch gegen diese Prinzipien und trotzdem sind die Unternehmer deren Befürworter. Nur bei der Sozialpolitik kommen ihnen grundsätzliche Bedenken. Gegen diese Widerstände haben wir uns in der Vergangenheit durchgesetzt und werden dies auch in der Zukunft.



Alter Posthof in Saarbrücken

Mit dem Ziele der Vereinfachung des Arbeitsrechts und der Neuordnung einiger sozialer Probleme hat die Regierung den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes unterbreitet. Reichswirtschaftsrat und Reichsrat haben dessen Beratung bereits beendet, und der Reichstag hat sich nunmehr in diesem Winter damit zu befassen. Der Gesetzentwurf regelt den Schutz gegen Betriebsgefahren, Arbeitszeitschutz, den erhöhten Schutz für Frauen, Jugendliche und Kinder, das Nachtbrotverbot, die Sonntagsruhe, den Ladenschluß und schließlich die Arbeitsaufsicht. Die Arbeiterschaft hat auf das Gesetz hinsichtlich sozialen Fortschritts große Hoffnungen gesetzt. Die Erwartungen sind aber durch den Entwurf enttäuscht. Daran haben auch die Beratungen des Reichswirtschaftsrats und des Reichsrats nichts geändert. Die Gutachten des ersteren würden sogar eine wesentliche Verschlechterung bedeuten, wenn sie im Reichstag Berücksichtigung fänden. Da so hart umkämpfte Gesetze nicht alle paar Jahre einer Revision unterzogen werden, so müssen jetzt alle Anstrengungen gemacht werden, um das Gesetz für die Arbeiter tragbar zu gestalten.

Der Geltungsbereich des Gesetzes muß sich auf möglichst alle Metallarbeiter erstrecken. Unsere Organisation kann sich deshalb mit den Absichten, die Metallarbeiter in den Nebenbetrieben der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und der Luftfahrt, ferner mit der Ausschaltung der Heimarbeiter nicht einverstanden erklären. Familienbetriebe könnten allerdings von dem Gesetz nicht erfaßt werden, jedoch muß sich diese Einschränkung des Geltungsbereiches auf wirkliche Familienbetriebe im engeren Sinne beschränken. Gehilfen und Lehrlinge müssen sämtlich dem Gesetz unterstellt werden, auch wenn sie im Familienhaushalt des Arbeitgebers aufgenommen sind.

Wir begrüßen die Bemühungen, den Betriebsgefahren noch mehr als bisher entgegenzuwirken. Wichtiger als Rentenentschädigung ist die Verhütung von Unfällen. Nach der Unfallstatistik sind im Jahre 1927 nicht weniger als 1 008 144 Verletzte und Berufserkrankte gemeldet worden. Davon wurden 62 369 entschädigt. Darunter fallen 544 tödliche Unfälle. Diese Ziffern sprechen dafür, dem Unfallschutz erhöhte Bedeutung beizumessen. Wenn der Gesetzentwurf nunmehr auch dem Reichsarbeitsminister das Recht zuerkennt, Vorschriften zu erlassen, wonach bestimmte Maschinen und Betriebseinrichtungen bestimmten Anforderungen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit entsprechen müssen, so findet das unsere Unterstützung. Auf den Maschinenbau ist hierbei gebührende Rücksicht zu nehmen.

Die Bedenken der Gewerkschaften richten sich vor allem gegen die Arbeitszeitvorschriften. Der Christliche Metallarbeiterverband stellt in dieser Hinsicht an den Gesetzgeber folgende Grundforderungen:

Der Achtstundentag muß für die Regel gesichert sein.

Die gesetzlichen Bestimmungen müssen sich durch Klarheit auszeichnen.

Die gesetzlichen Ausnahmen vom Achtstundentag dürfen das aller-nötigste Maß nicht überschreiten. Diese Ausnahmen dürfen die

Kontrolle über die Durchführung der Arbeitszeitsvorschriften nicht unnötig erschweren oder gar unmöglich machen.

Die Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung des Zweischichtensystems in durchgehenden Betrieben mit zwölfstündigen Schichten muß verboten sein.

Die Ausnahmen vom Achtstundentag sind ausschließlich der tariflichen Vereinbarung vorzubehalten.

Der Entwurf entspricht diesen Forderungen nicht. Die Ausnahmen vom Achtstundentag erstrecken sich hinsichtlich der Verteilung der Arbeitszeit auf Verteilungsmöglichkeiten innerhalb einer Woche, innerhalb zwei Wochen, innerhalb drei Wochen, innerhalb zwei Monaten bei besonderer Eigenart des Betriebes, auf Nachholung durch einen Festtag ausfallender Arbeitszeit innerhalb zwei Wochen vor und bis zwei Wochen nach dem Festtag, auf Nachholung von Arbeitsausfall infolge außergewöhnlicher Ereignisse innerhalb drei Monate nach dem Ausfall, und schließlich auf andere Verteilung der Arbeitszeit innerhalb eines ganzen Jahres in Saisongewerben. Daneben sind Vorschriften vorgesehen über eine längere Arbeitszeit für ununterbrochene Arbeiten, für Arbeitszeitverlängerungen zwecks Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten und bei Annahme von Arbeitsbereitschaft, schließlich zum Zwecke von Mehrarbeit und ferner in außergewöhnlichen Fällen und in Notfällen. Die Ausnahmen sind somit in einer Weise und einem Umfange aufeinandergeschichtet die sachlich unberechtigt ist und jede wirksame Kontrolle über die Durchführung des Gesetzes unterbindet. Das ist kein Gesetz zum Schutze des Achtstundentags, sondern des Zehnstundentags. Der Achtstundentag ist hier nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Will der Gesetzgeber dies, dann soll er ehrlich genug sein, dies einzugestehen und nicht im § 9 des Gesetzes behaupten: „Die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers darf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.“

Die zugelassenen Ausnahmen ergeben Ueberstundenmöglichkeiten, die in der bisherigen Praxis vollkommen unbekannt sind, wie z. B. das Nachholen aus Anlaß von Festtagen ausgefallener Arbeitszeit. Die Bestimmungen widersprechen in wesentlichen Punkten dem Washingtoner Arbeitszeitabkommen, so z. B. hinsichtlich höherer Bezahlung von Ueberstunden. Das Abkommen schreibt ausdrücklich einen Zuschlag von mindestens 25 Prozent vor, während der Gesetzentwurf nur von einem „angemessenen“ Ueberstundenzuschlag spricht, der mangels einer abweichenden Vereinbarung 25 Prozent betragen soll. Die Arbeitszeitbestimmungen bedürfen umfangreicher, im einzelnen dargelegter Umgestaltung, sollen sie die Zustimmungen der organisierten Arbeiterschaft finden.

Bezüglich des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes erfüllt das Gesetz eine von den christlichen Gewerkschaften seit langem erhobene Forderung auf Erhöhung des Jugendschutzalters von 16 auf 18 Jahre. Leider lassen Ausnahmeregelungen die Nacharbeit der Jugendlichen von 14 bis 16 Jahren in Walz- und Hammerwerken für Eisen und Stahl weiterhin zu. Dem treten wir mit Schärfe entgegen. Unser Verband fordert für Arbeiterinnen und Jugendliche eine Höchstbegrenzung der Arbeitszeit, und zwar für Jugendliche bis zu 16 Jahren von 48 Stunden wöchentlich und für Jugendl. über 16 Jahren und Arbeiterinnen von 54 Std. wöchentlich. Wir fordern im Gesetz eine angemessene Regelung des Urlaubs für Lehrlinge in all den Fällen, in denen eine tarifliche Regelung nicht besteht. Als angemessen betrachten wir einen Urlaub für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren von drei Wochen und von 16 bis 18 Jahren von zwei Wochen im Jahr. Da in der vorhergegangenen Schulzeit bis zu 85 Ferientage üblich sind, sind diese Urlaubszeiten als Uebergang sicher berechtigt.

Besonders scharf äußert sich der Referent zur Frage der Sonntagsarbeit. Es geziemt sich für einen christlichen Staat, entsprechend dem christlichen Sittengesetz die Arbeit an Sonn- und Feiertagen auf das allernotwendigste Maß zu beschränken. Der Sonntag soll der Erbauung und der Erholung dienen. Es heißt im dritten Gebot: „Du sollst den Sonntag heiligen!“ Kapitalistische Gewinnsucht legt sich vielfach über religiöse und gesundheitliche Bedenken hinweg. Man begründet die Sonntagsarbeit mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten und beruhigt damit sein Gewissen und auch das der Öffentlichkeit. Mit der Behauptung wirtschaftlicher Notwendigkeit als

unabwendbare Folge des modernen Erwerbslebens wird leider ein großer Mißbrauch getrieben. Von diesen angeblichen Notwendigkeiten geht auch der Gesetzentwurf aus. Die Sonntagsarbeit ist in einem erheblichen Umfange zugelassen. Unter anderem soll sie auch statthaft sein für Gewerbe, deren Ausübung ihrer Art nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist oder die in gewissen Zeiten des Jahres regelmäßig zu einer erheblich verstärkten Tätigkeit genötigt sind, ferner für Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend Wind- oder Wasserkraft von erheblich wechselnder Stärke als Triebkraft benutzen und weiterhin bei „dringendem Bedarf“. Dieser Mißbrauch sollte nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern auch die Kirchengemeinschaften und die katholischen und evangelischen Arbeitervereine auf den Plan rufen.

Bei der Neuregelung der Arbeitsaufsicht weicht der Entwurf ebenfalls einer klaren Entscheidung aus. Abgesehen von der Namensänderung der Gewerbeaufsicht in „Arbeitsaufsicht“ bleibt im wesentlichen alles bei der alten Regelung. Die christlichen Gewerkschaften betrachten es aber als Recht und Pflicht des Staates, die Durchführung der Gesetze durch möglichst vollkommene Mittel zu sichern. Sie verlangen deshalb die Vereinheitlichung der Arbeitsaufsicht auf das Reich. Beim Reichsarbeitsministerium ist ein Reichsarbeitsaufsichtsamt zu bilden, und Landesaufsichtsamtern dann die Arbeitsaufsichtsämter zu untergliedern. Im stärkeren Maße als bisher sind auch hierzu praktisch vorgebildete und befähigte Arbeiter heranzuziehen. Den Arbeitnehmern ist durch Bildung eines Ausschusses beim Reichsarbeitsaufsichtsamt eine maßgebende Mitwirkung zu sichern.

Der Gesetzentwurf baut auf die durch die Vorgänge des Jahres 1923 zunächst entstandenen Verhältnisse sich auf. Er läßt den inzwischen eingetretenen Gesundungsprozeß der Wirtschaft, die im stärksten Tempo sich vollziehende Technisierung und Rationalisierung vollkommen außer Betracht. Im Hinblick auf die damit verbundene Produktionssteigerung ist die Frage Achtstundentag oder längere Arbeitszeit längst überholt. Diese Entwicklung darf der Gesetzgeber im wohlverstandenen Staatsinteresse nicht außer acht lassen und muß daraus die Folgerungen ziehen.

Die organisierte Arbeiterschaft ist sich allerdings bewußt, daß neben der Staatshilfe die Selbsthilfe stehen muß. Wir haben die Durchführung des Gesetzes zu sichern und durch die Selbsthilfe weitere Fortschritte uns zu verschaffen. Der Generalversammlung obliegt deshalb nicht nur die Aufgabe, der vorgelegten Entschließung ihre Zustimmung zu geben, sondern in den nachfolgenden Wochen und Monaten, die uns von einer Entscheidung über die endgültige Gestaltung des Gesetzes trennen, die Massen der Metallarbeiter hinter die Forderung zu stellen und dadurch ihre Durchführung zu gewährleisten.

An der Aussprache über das wichtige Referat von Kreil beteiligten sich die Kollegen Hase (Dortmund), der über Arbeitszeit und Verbindlichkeitserklärung sprach, und Kollege Föcher, unser Verbandsjugendleiter, der über die im Arbeiterschutzgesetz zu verankernden Forderungen für die Jugend bemerkenswerte Ausführungen machte (wir verweisen auf die nächste Nr. des „Hammer“, die die Ausführungen unseres Kollegen Föcher im Wortlaut bringen wird).

Im Anschluß an die Diskussion sprach Stegerwald über die Not der Grenzgebiete und besonders über die Pflichten, die Reich und Länder gegenüber diesen Landstrichen zu erfüllen haben. Wir dürfen auch als deutsche Arbeiter es nicht dulden, daß neben einem entvölkerten Osten nun auch ein entvölkertes Westen trete. Wir seien leider auf dem besten Wege dazu. Die Wirtschaftsnot in den Grenzgebieten verlangt dringend Abhilfe.

Am Nachmittag des gleichen Tages besuchten die Delegierten die historischen Stätten von Epichern. Der gut arrangierte und durchgeführte Nachmittag wird auch wohl allen Teilnehmern im Gedächtnis bleiben.

Der letzte Verhandlungstag

Donnerstag, 20. September

Mit der im Christlichen Metallarbeiterverband gewohnten Pünktlichkeit begannen um 9 Uhr die Schlussverhandlungen, die sich im wesentlichen mit der Einführung der Altersinvalidenunterstützung und dem Bericht über die Arbeit der Kommission zur Beratung der gestellten Anträge befaßte.

Verbandsvorsitzender Kollege Wieber gedachte zunächst in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen August Franzen, der, seit 1905 in Diensten des Verbandes stehend, seine ganze Kraft für ihn eingesetzt habe.

Zur

Altersinvaliden-Unterstützung

sprach unser

2. Verbandsvorsitzender Karl Schmitz

in umfassender, aufklärender und gedankenstarker Weise, die, von

den Wurzeln des christlichen Solidaritätsgedankens und dem Ziel der Gewerkschaftsbewegung als der Entproletarisierung des Arbeiters ausgehend, die Größe und Bedeutung der vom Christlichen Metallarbeiterverband einzuführenden Altersinvalidenunterstützung in wahre Licht stellte. Wir erachten diese Ausführungen wegen ihrer grundsätzlichen Darlegung für so beachtlich, daß wir sie in einer der nächsten Nummern ganz zum Abdruck bringen werden. Sie werden unsern Kollegen in der Agitation wertvolle Dienste leisten.

Die der Generalversammlung von der Kommission vorgelegten Anträge über die Altersinvalidenunterstützung und über die Erledigung der anderen Fragen wurden von der Generalversammlung einstimmig angenommen. Mit einer festen Marschroute steht der Verband einheitlich und geschlossen, und wenn vielleicht der eine oder andere hier oder da einen — nach seiner Ansicht — kleinen Schönheitsfehler an der

Altersinvalidenunterstützung ausgemerzt wissen wollte, alle waren sie darin einig, daß die Altersinvalidenunterstützung mit ihrer Erweiterung eine Höchstleistung darstelle. Aufgabe der Kollegen müsse es sein, durch Stärkung der Hauptklasse, besonders durch richtige Beitragseingruppierung, die Grundlagen der Altersinvalidenunterstützung noch mehr zu festigen.

Ebenso wurden die sehr wichtigen Entscheidungen, worin die Generalversammlung ihre Forderungen und ihre Meinung über die uns heute am lebhaftesten interessierenden Gebiete aussprach, einstimmig angenommen.

Dem Vorstand wurde für seine geleistete Arbeit ebenfalls einstimmig die Entlastung erteilt, worauf man zur Vorstandswahl schritt. Eine Anzahl Kollegen, die aus den Reihen des Verbandes in andere Stellungen hineintrückten, sei es als Minister, als Beigeordnete usw., ersuchten, wegen ihrer Tätigkeit, die ihnen eine regelmäßige Mitarbeit im Vorstand nicht ermögliche, von ihrer Wiederwahl abzusehen, ebenso einige ältere Kollegen, die seit Jahrzehnten treu ihre Pflicht getan haben, die Kollegen Keger und Lattrich. Die Verbandsleitung möchte aber nicht des Rates dieser bewährten Kollegen ganz entraten und schlug daher der Generalversammlung vor, diese Kollegen dem Ausschuss zuzuwählen. Der neue Vorstand setzt sich zusammen aus dem 1. und 2. Verbandsvorsitzenden, dem 1. Kassierer, dem Verbandsredakteur und 14 Beisitzern. Die Wahl des neuen Vorstandes und Ausschusses erfolgte ebenfalls einstimmig.

Kollege Wieber dankte herzlich für das aufs neue bewiesene Vertrauen.

Darauf sprach

Verbandsvors. Kollege Wieber das Schlußwort.

In seiner bekannten Art ließ er in großen Linien nochmals Aufgaben und Ziele der Generalversammlung vor dem geistigen Auge der Delegierten erstehen. In wenigen, aber desto markanteren Strichen zeichnete er die alte Zeit der Arbeiterhörigkeit und setzte ihr die Errungenschaften der neuen gegenüber, die eben nur möglich wurden durch die zähe Arbeit der organisierten Kollegenschaft, besonders der Alten. Er dankte vor allem zweien der alten Garde, den Kollegen Adam Keger und Anton Lattrich, die schon in der „Heroenzeit“ der Arbeiterbewegung unentwegt, treu und aufopferungsvoll zur Fahne der christlichen Arbeiterbewegung und besonders des Christlichen Metallarbeiterverbandes gehalten hätten. Heute noch — im Greisenalter stehend — wirken und schaffen für ihren Christlichen Metallarbeiterverband. Als starke Vorbilder stellte Kollege Wieber sie allen Kollegen vor.

Der Redner nahm dann Gelegenheit, allen denen zu danken, die zum Gelingen der Generalversammlung beigetragen hatten. Besonderen Dank sprach er der Stadt Saarbrücken und ihrem Oberbürgermeister Dr. Neides aus für die lebenswürdige Gastfreundschaft. Der Christliche Metallarbeiterverband seinerseits werde nicht verfehlen, seinen ganzen Einfluß für das Saargebiet mit in die Waagschale zu werfen. Er dankte dann der saarländischen Presse und nicht zuletzt dem Lokalkomitee, an der Spitze Kollege Pick, die in mustergültiger und hervorragender Weise mitgeholfen hätten, diese Generalversamm-



Alte Eiche im Büesdal

lung zu einer der imponierendsten in der Geschichte des Christlichen Metallarbeiterverbandes mit zu gestalten.

Aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen und seines Gedankenreichtums gab dann Kollege Wieber einen Ueberblick über die Forderungen der Metallarbeiterschaft und die Konsequenzen, die sich aus dieser Generalversammlung ergeben müssen in bezug auf Werbearbeit, Eindämmung der Fluktuation, Eingruppierung in die richtige Beitragsklasse. Scharf unterstrich er die Notwendigkeit der Bildungsarbeit für alte und junge Kollegen. Aber nur das Wissen ist fruchtbar, das zur Tat drängt. Aus dem Wissen der Wille, aus dem Willen die Tat. Die Tat für unsern aufsteigenden Stand, die Tat für unsern Christlichen Metallarbeiterverband.

Nach einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland, die Gesamtbewegung und unsern Verband schloß Kollege Wieber die 12. Generalversammlung mit dem alten, echten Wort: Gott segne die christliche Arbeit! Wbr.

Die Bestimmungen der Altersinvalidenunterstützung

1. Mitglieder, welche infolge Alters invalid, d. h. dauernd erwerbsunfähig, sowie Mitglieder, welche infolge Alters aus ihrer Berufsarbeit ausgeschieden und dauernd arbeitslos sind, können Altersinvalidenunterstützung (Dauerrente) erhalten.

2. Die Unterstützung beträgt pro Monat:

nach einer Beitragsleistung von	in der Beitragsklasse			
	I		II	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
624—884 Beitragswochen	22 M	264 M	16 M	192 M
885—1144 "	27 "	324 "	21 "	252 "
1145—1404 "	32 "	384 "	26 "	312 "
1405—1664 "	37 "	444 "	31 "	372 "
über 1665 "	42 "	504 "	36 "	432 "

3. Für den Bezug der Altersinvalidenunterstützung gelten die seit dem 1. Januar 1927 geleisteten Verbandsbeiträge (Vollbeiträge der I. und II. Beitragsklasse).

4. Die Unterstützung wird in denjenigen Fällen, in welchen das betreffende Mitglied infolge Alters entlassen wurde und dauernd arbeitslos ist, gewährt, wenn das 60. Lebensjahr überschritten und die für die zweite Unterstützungsstufe festgesetzte Beitragsleistung erreicht worden ist. Für alle anderen Fälle ist die Altersgrenze 50 Jahre.

5. Mitglieder, welche dem Verbandsverbande vor dem 1. Januar 1902 beigetreten sind, können die Unterstützungsätze der ersten Unterstützungsstufe ihrer Beitragsklasse erhalten, wenn sie 260 der ab 1. Januar 1927 geltenden Verbandsbeiträge (Vollbeiträge) entrichtet haben.

6. Mitglieder, welche nach dem 1. Januar 1902 dem Verbandsverbande beigetreten sind, erhalten ein Viertel der bis 1926 geleisteten Verbandsbeiträge (Vollbeiträge) den seit dem 1. Januar 1927 geleisteten Wochenbeiträgen zugerechnet.

7. Die Berechnung der Rente erfolgt in der Beitragsklasse, in welcher die letzten 260 Vollmitgliedschaftsbeiträge geleistet worden sind. Der Antrag auf Gewährung von Rente ist bei der Ortsverwaltung, welcher das Mitglied angehört, unter Vorlage des Mitgliedsbuches und der in Absatz 7 bezeichneten Bescheinigung zu stellen. Die Entscheidung über den Antrag und die Festsetzung der Rente geschieht durch den Hauptvorstand. Die Auszahlung erfolgt durch die Ortsverwaltung, der das Mitglied angehört.

8. Für den Bezug der Altersinvalidenunterstützung ist der Nachweis der dauernden Erwerbsunfähigkeit erforderlich und durch eine Bescheinigung der Invaliden-, Angestellten- oder Unfallversicherung zu erbringen. Bei dauernder völliger Arbeitslosigkeit muß das betreffende Mitglied in der staatlichen Arbeitslosenversicherung (Krisenunterstützung) ausgesteuert sein.

9. Der Hauptvorstand des Verbandes kann jederzeit eine Nachprüfung der Invalidität durch einen von ihm beauftragten Arzt vornehmen lassen. Der Hauptvorstand kann außerdem jede geeignet erscheinende Kontrolle der dauernd arbeitslos und invalid gewordenen Rentenbezieher anordnen und bei Mißbrauch die Unterstützung entziehen.

10. Weibliche Mitglieder, welche Beiträge der III. Beitragsklasse entrichten und die vorstehenden Bedingungen erfüllt haben, können die Hälfte der für die I. Beitragsklasse bestimmten Rentensätze erhalten.

11. Mitglieder, welche vor der Vollendung ihres 18. Lebensjahres dem Verbandsverbande beigetreten, können Invalidenunterstützung erhalten, wenn sie rechtzeitig der für sie vorgeschriebenen Beitragsklasse beigetreten sind und 760 Wochenbeiträge (Vollbeiträge) der 1. oder 2. Beitragsklasse entrichtet haben.

Benachrichtigung

Samstag, den 30. September, ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Schriftleitung: Georg Wieber — Verlag: Franz Wieber, Duisburg-Stapelfor 17. Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H. Duisburg.